

Faktencheck

**zum Abwahlbündnis
„Ja zu Großbeeren“**

Stand 28. April 2022

**von Tobias Borstel
Bürgermeister von Großbeeren**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wie in meiner Broschüre „Halbzeitbilanz“ angekündigt, erhalten Sie hier einen ausführlichen Einblick in die Sachverhalte, die vom Abwahlbündnis „Ja zu Großbeeren“ in den Raum gestellt und auf der Website www.jazugrossbeeren.de veröffentlicht wurden. Nachstehend finden Sie in drei Kapiteln umfangreiche Gegenüberstellungen zu meinen Wahlaussagen von 2018 (zu finden auf meiner Website www.tobias-borstel.de), zu besonderen Themen und zur Liste angeblich nicht umgesetzter Beschlüsse. Herzlichen Dank, Ihr Tobias Borstel

Faktencheck

zu meinen Wahlaussagen von 2018

Kultur und Vereine

Meine Wahlaussage von 2018

Kulturverein, Fördervereine der Feuerwehr, Dorfgemeinschaftsverein und viele weitere Vereine bereichern unser kulturelles und gesellschaftliches Leben. Ich will sie darin verstärkt unterstützen. Sie verdienen zu jeder Zeit ein offenes Ohr.

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Die Unterstützung der genannten Organisationen war eher selektiv. Bei kritischen Situationen ist der Bürgermeister abgetaucht und war über Tage nicht zu erreichen.

Fakt

Die Vereine der Gemeinde werden verstärkt, insbesondere bei Veranstaltungen, einbezogen und erhalten Gelegenheiten, sich zu präsentieren. Zahlreiche Beispiele belegen dies wie zum Beispiel beim Gemeindefest, Festwochenende, einem aufgewerteten Weihnachtsmarkt bei der Friedenswoche und vielen anderen Events. Zudem wurden die Präsentationsmöglichkeiten ausgeweitet, die über das Gemeindejournal Rund um den Turm hinausgehen. Die Gemeindeseite bietet neben Präsentationsbereichen nun auch die Ehrenamtsbörse, die Ehrenamtliche, Vereine und Bürgerschaft zusammenbringt.

Grundsätzlich wird jeder Verein der Gemeinde mit einem finanziellen Zuschuss versehen, sofern dieser bei der Gemeinde beantragt wird. Auch Sonderzuschüsse wurden mehrfach in den vergangenen Jahren durch die Gemeinde geleistet und förderten zahlreiche Projekte. Pandemiebedingt sind in den vergangenen zwei Jahren jedoch zahlreiche Vereine stark in ihrem Wirken beschränkt worden. Hier wünsche ich mir, dass wir als Gemeinde weiterhin daran arbeiten, dass wir in der Ortsmitte auf dem Gutshof weiter an einem Gemeindehaus festhalten und den zahlreichen Vereinen zusätzlichen Raum bieten können. Die Platznot in unserer wachsenden Gemeinde ist eine Belastung für zahlreiche Vereine geworden, so muss weiterhin vehement dafür gekämpft werden, dass politische Lösungen erarbeitet werden.

Grundsätzlich gilt aber auch hier: Die Förderung von Vereinen zählt zu den freiwilligen Leistungen, die politisch gewollt sein und im Haushalt abgebildet werden müssen. Eine Erweiterung der finanziellen Zuschüsse wäre wünschenswert, muss aber im Haushalt darstellbar bleiben.

Kita, Hort und Schulerweiterung

Meine Wahlaussage von 2018

Großbeeren hat dank umfangreicher Investitionen z. B. Kita und Hortneubau eine funktionierende Bildungsinfrastruktur. Weiter wachsende Schülerzahlen erfordern aktuell eine Erweiterung des Schulgebäudes.

Aber auch das wird nicht ausreichen. Die von vielen Eltern gewünschte Sekundarstufe II wird sich nur durch eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit den umliegenden Gemeinden realisieren lassen. Damit ist das Projekt gegenüber Kreis und Land eher durchzusetzen und zudem für den Gemeindehaushalt verträglicher.

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Derzeit gibt es KEINE Planungen für eine neue Kita, einen neuen Hort oder gar eine Schule. Dabei werden bereits im aktuellen Schuljahr, ca. 50 Hortplätze fehlen. Mehrfach haben die Fraktionen auf die Dringlichkeit hingewiesen und entsprechende Bedarfszahlen eingefordert, welche erst im November 2021 zur Verfügung gestellt wurden. Eine Klausurtagung im November 2021 zu diesem Thema, wurde vom Bürgermeister ohne Begründung abgesagt. Bis heute hat der Bürgermeister, trotz mehrerer Nachfragen seitens der Gemeindevertreter, keinen Terminvorschlag unterbreitet.

Fakt

Im Jahr 2021 hat die Verwaltung der Gemeinde Großbeeren die gemeinsame Arbeit mit dem Landkreis Teltow-Fläming für die Bedarfsplanung von Kita- und Hortplätzen aufgenommen. Die Verwaltung der Gemeinde hat mehrere Termine mit der zuständigen Mitarbeiterin des Landkreises wahrgenommen. Das Ergebnis dieser Arbeit wurde im Ausschuss für Bildung und Soziales präsentiert. Aus dieser Arbeit geht hervor, dass der Gemeinde Großbeeren bereits im Schuljahr 2022/2023 ca. 40 Hortplätze fehlen werden. Das Thema wurde von den Mitgliedern des Ausschusses für Bildung und Soziales mitgenommen, um dies in ihren Fraktionen weiter zu diskutieren. Weitere Schritte seitens der Gemeindevertreter blieben aber offen.

Die Aussage, dass im nächsten Jahr bis zu 50 Plätze im Hortbereich fehlen, geht aus der Bedarfsplanung nicht hervor. Der Standort der Kita in der Bahnhofstraße verfügt über eine Erweiterungsmöglichkeit, die in den kommenden Jahren zum Tragen kommt, wenn der entsprechende Bedarf ansteht. Auch in Heinersdorf soll die Kita dem Bedarf entsprechend aufwachsen. Hier denkt die Verwaltung bereits über einen Neubau am alten Standort nach. Gegen die von der Gemeindevertretung favorisierte Containerlösung sprechen enorme Kostentreiber, unter anderem beim Thema Brandschutz.

Beim Thema Hort gibt es aktuell einen Aufstellungsbeschluss für einen geplanten Bebauungsplan zwischen Wasserkiseilbahnanlage und Ruhlsdorfer Straße. Hier plant die Verwaltung größere Flächen für einen neuen Schul- und einen weiteren Hortstandort. Bereits mit Eröffnung des neuen Hortes 2018 wurde klar, dass die Kapazitäten bei einem weiteren Aufwachsen der Schülerzahl (derzeit ca. 700) nicht ausreichen würde. Aufgrund dieser erfolgreichen Entwicklung am Schulstandort, ist es dringend geboten einen neuen Hort in den kommenden Jahren zu errichten.

Um unter anderem dieses Thema im Detail mit der Gemeindevertretung zu besprechen, war für November 2021 eine Klausurtagung angesetzt. Die Klausurtagungen der Gemeinde sind freiwillige zusätzliche Angebote der Verwaltungsleitung, um den Gemeindevertretern die Herausforderungen der Gemeinde in der Tiefe näherzubringen und ihnen eine umfangreiche Diskussion und Mitsprache zu ermöglichen. Die Klausur musste leider wegen der Zerwürfnisse zwischen Verwaltung und Gemeindevertretern abgesagt werden.

Stärkung der Bürgergesellschaft

Meine Wahlaussage von 2018

Unsere kulturelle Landschaft für Alt und Jung, Groß und Klein muss gestützt werden. Die Stärkung der Bürgergesellschaft und des Gemeinschaftsgefühls stehen dabei in meinem Fokus. Ich stehe für Miteinander und Integration

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Vom Bürgermeister waren in den letzten vier Jahren keine Aktivitäten hinsichtlich der Stärkung der Bürgergesellschaft sowie dem Gemeinschaftsgefühls zu erkennen. Aktivitäten zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls gingen ausschließlich durch in der Gemeinde aktive ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger aus.

Fakt

Seit Beginn meiner Amtszeit habe ich zahlreiche Projekte zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls vorangebracht. Hier nenne ich gerne einige Beispiele:

- Bereitstellung zahlreicher Veranstaltungen wie Gemeindefeste, Festwochenende, Lichternacht, beleuchteter Gedenkturm, Gedenkveranstaltungen zur OdF und dem Mauerbau, Kaffeeklatsch, Seniorenweihnachtsfeiern und vielen anderen Veranstaltungen.
- Die Gründung eines Veranstaltungsbeirats für die Ideenschaffung von Festen und Veranstaltungen für die Bürgerschaft.
- Einführung einer Willkommensmappe für Neubürger der Gemeinde.
- Einführung eines Willkommensgeschenkes für Neugeborene.
- Die Anbahnung einer internationalen Partnerschaft mit einer französischen Gemeinde.
- Stärkung der Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche der Gemeinde Großbeeren (Beiräte, Beauftragte, Schiedsleute, Politik)
- Förderung der evangelischen Kirchengemeinde, Unterstützung bei der historischen Aufarbeitung um 1813 und vieles mehr. Zudem wurde die Ehrenamtsbörse 2022 ins Leben gerufen, um Ehrenamtliche und Projekte miteinander zu verbinden.

Seniorenarbeit und eine Behindertenbeauftragte

Meine Wahlaussage von 2018

Die Seniorenarbeit im Ort soll durch die Schaffung einer Planstelle Senioren-/Behindertenbeauftragte(r) in der Verwaltung unterstützt werden.

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Diese Stelle wurde vom Bürgermeister bisher nicht thematisiert.

Fakt

Die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen wurde vor zwei Jahren von der Gemeindevertretung benannt und ist seitdem aktiv. Der Seniorenbeirat feierte 2021 sein fünfjähriges Bestehen. Darüber hinaus hat die Verwaltung für den Stellenplan 2022 eine Stelle im Bereich der Bürgerdienste im Haushalt eingeplant. Diese Stelle soll neben Schulangelegenheiten auch die zentrale Steuerung und Koordination für die Beteiligungsprozesse von Jugend und Senioren koordinieren. Diese Stelle muss jedoch durch die Gemeindevertretung bestätigt werden. Derzeit sind zwei weitere ehrenamtliche Positionen für Kinder- und Jugendbeauftragte als auch Integrationsbeauftragte durch die Verwaltung ausgeschrieben. Der Ausbau der Beteiligungsprozesse wird auch in der Zukunft eminent wichtig sein und braucht Unterstützung durch Haushaltsmittel und entsprechende Beschlüsse der Gemeindevertretung.

Beleuchtung des Weges zum Bahnhof

Meine Wahlaussage von 2018

Der Antrag der SPD Fraktion zur Beleuchtung des Fußweges zwischen Bahnhofstraße und Bahnhof muss zügig umgesetzt werden.

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Tatsächlich wurde mit der Umsetzung aufgrund der Planungen des Amtsvorgängers begonnen. Abgeschlossen ist die Maßnahme bis heute nicht.

Fakt

Meine damalige Aussage war eindeutig: Hier handelte es sich um einen Beschluss, der vor meiner Amtszeit gefasst wurde und zeitnah umgesetzt werden sollte. Jedoch waren vor meiner Amtszeit weder die Beleuchtung ausgeschrieben noch die Planungen vorangetrieben. Erst in der Gemeindevertretersitzung im August 2019 konnte der Beschluss zur Beschaffung von 12 Solarleuchten gefasst werden. Diese wurden ausgeschrieben und aufgestellt. Die Solarleuchten sind seitdem im Einsatz. Ein letzter Lückenschluss soll erfolgen, sofern die weiteren Gelder im Haushalt durch die Gemeindevertretung bewilligt werden.

Jugendclub

Meine Wahlaussage von 2018

Auf der Arbeit mit Kindern & Jugendlichen muss ein Hauptaugenmerk in unserer jungen Gemeinde liegen. Die geschaffenen Räume für die nachkommende Generation müssen entsprechend ausgestattet werden. Immer in enger Abstimmung mit dem Clubbeirat

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Bis auf die Neugestaltung der Fassade des Großbeeren Jugendclubs, welche nur auf Drängen der Gemeindevertretung veranlasst wurde, waren keine nennenswerten Aktivitäten des Bürgermeisters zu verzeichnen.

Fakt

Mein Hauptaugenmerk liegt auf allen Generationen der Gemeinde Großbeeren. Als Vater von drei Kindern erfahre ich die Bedürfnisse der jüngsten Generation im tagtäglichen Familienleben besonders direkt.

In den vergangenen Jahren wurde besonders bei den freiwilligen Leistungen, wozu die Jugendclubs oder auch die Bibliothek zählen, nicht gespart. So wurde das Angebot der Bibliothek erweitert, wie mit der On-Leihe geschehen. Dennoch kam es bisher in der Gemeindevertretung zu keinem Beschluss, genug Geld im Haushalt für eine größere bauliche Veränderung des Jugendclubs Großbeeren bereitzustellen. Es wurde eher der Rotstift für größere Maßnahmen angesetzt. Grundsätzlich ist eine bauliche Veränderung des Außengeländes des Jugendclubs nach dem Baugesetzbuch nicht zulässig und dies wurde der Gemeindevertretung mehrfach über die Jahre mitgeteilt. Nur durch eine Veränderung des Bebauungsplans an dieser Stelle kann ein größerer Umbau am Gebäude umgesetzt werden. Dieser Umstand besteht seit vielen Jahrzehnten und ist den Gemeindevertretern bekannt, da dies regelmäßig in den Haushaltsdebatten durch die Verwaltung vorgeschlagen wird. Aus diesem Grunde konnten nur innerhalb des Gebäudes Sanierungs- und Umbaumaßnahmen durchgeführt werden. Dazu gehört auch die Gestaltung der Außenfassade. Jedoch wurde seitens der Verwaltung die Gestaltung der Außenfassade nicht verhindert, sondern durch Kandidaten und Gemeindevertreter der CDU im Kommunalwahlkampf 2019 politisch genutzt, um Druck aufzubauen, obwohl die Maßnahme im Haushalt 2019 gar nicht vorgesehen und geplant war. Zudem war zum Zeitpunkt des politischen Druckes der Haushalt 2019 noch gar nicht beschlossen.

Eine Gestaltung der Jugendarbeit im Jugendclub kann nur gemeinsam zwischen Verwaltung und Gemeindevertretung gelingen. Dafür müssen die Rahmenbedingungen geschaffen und abgesichert werden. Dazu braucht man entsprechende Mittel im Haushalt der Gemeinde. Jugendliche sind mehr als nur „Humankapital“, in das heute investiert werden muss, damit auch morgen zum Beispiel Fachkräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Wenn dies aber nicht geschieht, kann dies nicht dem Bürgermeister zur Last gelegt werden, sondern man muss sich Gedanken machen, wo unsere Jugendlichen zukünftig Verweilorte gestellt bekommen. Die Stärkung des Personals als auch des Standortes muss hier endlich politisch mitgetragen werden.

Ausrüstung der Feuerwehr

Meine Wahlaussage von 2018

Die Feuerwehr ist die pflichtige Aufgabe für unser aller Sicherheit, die von Ehrenamtlichen geleistet wird. Die Ausrüstung und Einsatzbereitschaft muss optimal gewährleistet werden. Dafür stehe ich auch weiterhin ein!

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Die Feuerwehr hat entsprechend der Fachplanung ihre Investitionen geplant. Leider ist der geplante Neubau in Heinersdorf mehrfach verschoben worden. Die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr ist durch die Außerdienststellung der Feuerwehr Diedersdorf fast anderthalb Jahre beeinträchtigt gewesen.

Fakt

Die Gemeindeverwaltung unterhält seit wenigen Jahren einen Rahmenvertrag mit der Firma GBS als Ausstatter der Bekleidung und Ausrüstung, welche turnusmäßig umfangreiche Bekleidungs-ausstattungen für die Feuerwehr liefert. Zusätzlich wurde meinerseits veranlasst, dass ein eigener Raum zum Aufbau eines Bekleidungs-fundus neben der Feuerwehr eingerichtet wird. Nach erfolgter Hauptprüfung des Feuerwehrtechnischen Zentrums und anschließender Außerdienststellung von wichtigen Elementen zur Brandverhütung und Einsatzbereitschaft, wurden umgehend neue Hebekissen beschafft.

Des Weiteren wurden eine neue Wärmebildkamera zur Brandbekämpfung sowie eine Drohne angeschafft. Reparaturleistungen an den Einsatzfahrzeugen erfolgen immer zeitnah und umgehend. Eine Koordinierung der Verwaltung im Rahmen der Reparaturen mit dem Gemeindebrandmeister zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft erfolgt regelmäßig. Nachzurüstende Elemente und die Beschaffung für Einsatzfahrzeuge erfolgen ebenfalls zeitnah. Hier sind terminliche Voraussetzungen der Reparaturstätten zu berücksichtigen, erfolgen aber bis dato problemlos. Neben der Großtechnik wurde zudem umfangreich aufgerüstet. So wurde die Erneuerung der Computer in allen Wachen mit entsprechender Druckertechnik vorangetrieben. Auch wurde das Programm „MP-Feuer“ für alle Wachen installiert, das eine echte digitale Erfassung des Materials und der Einsatzberichte ermöglicht. Für die Einsatzfahrzeuge aller Wehren wurden Tablets beschafft und die notwendige Infrastruktur dafür eingerichtet wie Server, Wifi, Zentrale Verwaltungsstrukturen zum Management der Geräte und technischen Einrichtungen in den Gebäuden.

Die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Großbeeren ist personell gut aufgestellt, wobei grundsätzlich immer Verbesserungen möglich sind. Unter anderem fehlt es am Tage (Tageseinsatzbereitschaft) an Maschinisten für die größeren Einsatzfahrzeuge. Für die Unterstützung der Feuerwehr sollen unter anderem zwei neue Stellen im Stellenplan für den Bauhof geschaffen werden, die gleichzeitig die Freiwillige Feuerwehr unterstützen sollen. Insgesamt verfügt die Gemeinde Großbeeren über eine sehr gut ausgestattete sowie leistungsfähige Feuerwehr, welche nach besten Möglichkeiten Schritt für Schritt weiter modernisiert wird.

Grund für die zeitweilige Außerdienststellung der Ortswehr Diedersdorf waren vorausgegangene interne Streitigkeiten. Die Einsatzbereitschaft der Ortswehr war dadurch nicht mehr gegeben. Diese Streitigkeiten sind im Mediationsverfahren und in zahlreichen Gesprächen beigelegt worden. Seit dem 01. April 2022 ist die Feuerwehr Diedersdorf wieder im aktiven Dienst und fährt Einsätze. Die Gemeindevertretung war zu jedem Zeitpunkt über die Probleme der Feuerwehr in Diedersdorf informiert.

Bezüglich der Planungen für die neue Feuerwache in Heinersdorf sind den Gemeindevertretern die ersten Kostenschätzungen für den Neubau dargestellt worden. Diese hat die Kosten, die auf mehr als 4 Millionen Euro geschätzt wurden, nicht mittragen wollen. Somit wird lediglich die Planung für das Gebäude weitergeführt und die Mittel dafür in Höhe von 180.000 Euro sind auch im Haushalt 2022 bereitgestellt. Nach Beendigung der Planung muss die Gemeindevertretung entscheiden, wann Heinersdorf eine neue Wache erhalten soll.

Und auch im Jahr 2022 ist die Beschaffung von zusätzlichen Fahrzeugen im Haushalt dargestellt. Insgesamt 560.000 Euro sollen für neue Fahrzeuge im Jahr 2022 ausgegeben werden.

Geschichtspflege

Meine Wahlaussage von 2018

Großbeerens reichhaltige Geschichte wurde in einer Chronik niedergeschrieben. Ich werde veranlassen, dass die Geschichtspflege unterstützt wird

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Tatsächlich gab es Aktivitäten hinsichtlich der Geschichtspflege. Allerdings ist bis heute kein Ergebnis vorzuweisen.

Fakt

Die Beschaffung eines neuen Dioramas zur Darstellung der historischen Gefechtslage von 1813 für den Gedenkurm anlässlich des Gemeindejubiläums wurde durch die Gemeindevertretung nicht bestätigt. Das Angebot zum Ankauf einer umfassenden Sammlung wurde mehrfach in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen thematisiert und vorgestellt. Bisher hat sich die Gemeindevertretung nicht abschließend für die Annahme des Angebotes ausgesprochen, die unsere Sammlung von Großbeeren massiv erweitern würde.

Im April 2022 wird über die Tätigkeitsbeschreibung eines Ortschronisten, welche durch die Verwaltung erstellt wurde, beraten. Auch hier muss die Gemeindevertretung der Stelle im Stellenplan zustimmen und die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. In den vergangenen Jahren wurden zudem zahlreiche historische Akten durch die Gemeinde Großbeeren angekauft und sollen, sofern eine Stelle Ortschronist/Archivar geschaffen werden kann, aufgearbeitet werden.

Darüber hinaus wird im Zusammenspiel mit den ehrenamtlichen Denkmalbeauftragten des Landkreises Teltow-Fläming aktuell eine historische Aufarbeitung zu 1813 begleitet, die auch eine archäologische Grabung und Umbettung beinhalten wird. Auch hat die Gemeinde Großbeeren für die Aufarbeitung historischer Grabplatten in den vergangenen Jahren einen finanziellen Beitrag geleistet. Im Zuge der Gedenken um die Opfer des Faschismus soll ebenfalls eine nachhaltige Aufarbeitung begonnen werden. Gedenkveranstaltungen werden in diesem Zuge ausgeweitet und die historische Identität im Ort gefördert. Die Gemeinde Großbeeren wird Straßennamen, die Personen mit Bezug zu Großbeeren aufweisen, zukünftig mit Legendentafeln ausstatten lassen. Auch soll weiterhin an einem historischen Pfad gearbeitet werden, der unter anderem die herausragenden Denkmäler mit historischem Bezug einbinden soll. Es gibt zahlreiche Potentiale die Historie Großbeerens nachhaltig aufzuarbeiten, jedoch bedarf es hier auch der finanziellen Unterstützung durch Haushaltsmittel.

Einbruch und Diebstahl

Meine Wahlaussage von 2018

Einbruch und Diebstahl dürfen Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Großbeeren nicht verunsichern. Deswegen – Sicherheitspartnerschaft stärken und Bürgerinnen und Bürger dafür gewinnen. Aktion wachsender Nachbar stärken und den Revierposten personell verstärken.

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Während der Amtszeit des Bürgermeisters Tobias Borstel waren keine Aktivitäten zu erkennen.

Fakt

Die Zusammenarbeit mit den Sicherheitspartnern (SiPa) besteht seitdem ich das Amt als Bürgermeister angetreten habe. Neue Sicherheitspartner konnten gefunden und das Team gestärkt werden, auch wenn weiterhin Bedarf an weiteren Freiwilligen besteht.

Die Sicherheitspartner stellen ihre Arbeit und den derzeitigen Sachstand zur Sicherheitslage regelmäßig im Hauptausschuss vor. Die Sicherheitspartner wurden zudem durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit gestärkt. Als Bürgermeister setze ich mich aktiv bei den Landtagsfraktionen und beim Innenministerium für die Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Sicherheitspartner ein. Mein Vorschlag, dass die Sicherheitspartner durch die Gemeinde Großbeeren eine Aufwandspauschale erhalten sollen, wurde seit 2019 mehrfach durch die Gemeindevertretung abgelehnt. Die letzte Ablehnung erfolgte im Frühjahr 2022, als die Neufassung der Entschädigungssatzung im Februar 2022 beschlossen wurde und die Sicherheitspartner von den Gemeindevertretern nicht bedacht wurden. Besonders die SiPa sind ein Sicherheitsfaktor geworden, den es zu unterstützen gilt, da die regelmäßigen Rundgänge und Meldungen den Ordnungskräften eine große Hilfe sind. Seit März 2022 verweigern die Sicherheitspartner, aufgrund von persönlichen Anfeindungen und Herabsetzungen, sowie einer Strafanzeige aus der Gemeindevertretung, die Zusammenarbeit mit den Gemeindevertretern.

Künftige Großbauprojekte

Meine Wahlaussage von 2018

Die kommenden Bauprojekte müssen die Möglichkeit bieten, dass bezahlbarer Wohnraum für Familien, Senioren und Alleinstehende ausgewogen geschaffen wird – immer in enger Abstimmung mit der Wobau und Investoren aus der Region

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Nach vier Jahren Amtszeit, gibt es derzeit keine nennenswerten Bauprojekte welche Wohnraum für Familien, Senioren und Alleinstehende schaffen könnten.

Fakt

Bebauungen im Großmaßstab ziehen langwierige und komplexe Prozesse mit sich. Ohne rechtsgültigen Flächennutzungsplan wird eine Neuplanung durch das Land Brandenburg stark beschränkt. Darüber hinaus hat die vorige Gemeindevertretung im Jahr 2016 dem vorgelegten Beschluss meines Amtsvorgängers zur weiträumigen Erschließung und Bebauung des nördlichen Ruhlsdorfer Feldes mit bis zu 600 Wohneinheiten in letzter Sekunde abgelehnt. Daraufhin entbrannte eine langjährige politische Diskussion, wer Schuld am Scheitern des Projektes habe. Ich möchte hier betonen, dass das damalige Vorgehen der früheren Gemeindevertretung aus meiner Sicht der richtige Weg war. Denn, der damit in Verbindung stehende Verkauf der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft an einen Investor hätte die Kommune einen wichtigen Teil ihrer Handlungsfähigkeit einbüßen lassen. Die Verwaltung konzentriert sich nun auf die Neuplanung für das Wohnfeld am nördlichen Ruhlsdorfer Feld/Teltower Straße sowie ein weiteres Wohnfeld in Heinersdorf Nord. Beide Großbauprojekte werden durch die beteiligten Landesbehörden abgebremst. In dem Verfahren geht es dem Land um eine Prioritätensetzung, welches der beiden Vorhaben als erstes zu entwickeln sei. An dieser Frage scheitert unter anderem die Zusage des Landes für unseren im Jahr 2016 eingereichten Flächennutzungsplan. Am Ende bleibt im Zweifel der Klageweg als Gemeinde, damit wir uns überhaupt weiterentwickeln dürfen.

Dennoch gibt es aufgrund des akuten Wohnraumbedarfs innerhalb des Ortes noch mehr Bauprojekte. Derzeit sind zwei Bebauungspläne in Aufstellung. Zum einen der Bebauungsplan für die Ortsmitte, der neben weiteren Wohnraum auch die historische Struktur des Ortskerns stärken soll und zum anderen der Bebauungsplan Birkenhain. Hier sollen zwischen 200 und 250 neue Wohneinheiten für Jung und Alt entstehen. Zudem hat die kommunale Wohnungsbaugesellschaft mehrere Dutzend neue Wohnungen in den vergangenen Jahren geschaffen und hat weitere für die kommenden Jahre in Planung. Auch private Investoren stehen mit der Gemeinde in enger Absprache zur Schaffung von neuem Wohnraum (Alte Mühle sowie Baufeld am Turm).

Knackpunkt für Großprojekte ist und bleibt aber ein rechtsgültiger und durch das Land bestätigter Flächennutzungsplan. Erst dadurch wird die Gemeinde Großbeeren in die Lage versetzt, städtebauliche Maßnahmen durchzuführen und als Bauland-Modell-Kommune neue Wege zu gehen. Denn zur Entlastung des kommunalen Haushaltes kann das Bauland-Modell Großinvestoren dazu verpflichten, dass für den Bau jeder Wohneinheit eine Investitionspauschale an die Gemeinde zur Errichtung wichtiger sozialer Infrastruktur (Kita, Schule, Hort, Sportanlagen) entrichtet wird. Der Wohnraum verteuert sich durch diese Investitionsabgabe nicht, sondern verpflichtet lediglich die Investoren sich durch die hohen Gewinnmargen am Aufbau der sozialen Infrastruktur zu beteiligen. Bei den zukünftigen Großvorhaben kann dieser Erlös weit mehr als 10.000 Euro pro Wohneinheit betragen. Angedacht ist ebenfalls, dass auch die kommunale Wohnungsbaugesellschaft einen Aufwuchs durch die Großprojekte erfährt und in den kommenden Jahren ihren Bestand stark aufwachsen lassen kann.

Allegemeinder ÖPNV

Meine Wahlaussage von 2018

Der ÖPNV ist wichtiger Bestandteil unserer Mobilität. Für eine Wachstumsgemeinde mit vielen Pendlern muss nachhaltig Entlastung geschaffen werden – ich setze mich ein für kürzere Taktzeiten beim Halt der Regionalbahn

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

In den letzten Jahren waren keine Aktivitäten hinsichtlich verbesserter Taktzeiten zu erkennen.

Fakt

Hierzu gab es mit der damaligen Verkehrsministerin des Landes Brandenburg bereits erste Gespräche für eine verbesserte Taktung der Bahnstrecken. Die Bereitstellung weiterer Zugverbindungen und der damit verbundene höhere Takt von 30 Minuten wurde seitens des Ministeriums für das Jahr 2026 versprochen. Für eine bessere Vertaktung durch Busanbindungen soll der neue zentrale Busnotenpunkt sorgen, der im GVZ gebaut wird. Hier entstehen zusätzlich neue Verbindungsangebote und die Bereitstellung von bis zu acht Buslinien an einem zentralen Standort. Dies kommt natürlich auch den Buslinien innerhalb des Ortes zugute und soll den öffentlichen Nahverkehr in der Region stärken. Der Standort für den Busnotenpunkt wurde bereits für den Bau vorbereitet. Zum Jahreswechsel 2022/2023 soll das Vorhaben realisiert werden. Zusammen mit dem Bürgermeister der Stadt Ludwigfelde werbe ich auch weiterhin für die Anbindung durch die S-Bahn auf der Anhalter Bahn. Dieses Vorhaben ist besonders aufgrund des hohen Pendleraufkommens in der Region für Ludwigfelde als auch Großbeeren von erheblicher Bedeutung.

Medizinische Versorgung von Senioren

Meine Wahlaussage von 2018

Die Pflege und medizinische Versorgung für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger als Aufgabe der Daseinsvorsorge muss sichergestellt werden. Die Bemühungen und das Engagement der sozialen Träger wie Johanniter, DRK oder Kirchengemeinde im Ort müssen unterstützt werden

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Hier sind keine sichtbaren Schritte eingeleitet worden.

Fakt

Besonders die Bedingungen in der Pflege haben unter den pandemischen Bedingungen stark gelitten. Der Pflege-Notstand ist allorten zu verspüren und Landes- als auch Bundesregierung müssen hier stärker eingreifen, bevor eine flächendeckende Pflege nicht mehr möglich ist. So bin ich sehr froh, dass wir mit dem DRK einen starken Partner im Ort haben, der weiterhin gewillt ist, die Pflege von alten Menschen und Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten. Der Gemeinde bleibt hier nicht viel Spielraum und so helfen wir zumindest dabei, dass wir die Engagierten der Gemeinde mit den Bedürftigen zusammenbringen. Mir schwebt hier auch ganz klar vor, dass wir einen neuen Standort für den Seniorentreff bereitstellen, der zusätzlich die Möglichkeit für Räumlichkeiten der Tagespflege bereithält.

W-LAN Hotspots

Meine Wahlaussage von 2018

Ein freier WLAN-Hotspot für Bibliothek, Rathaus und Feuerwehr soll ermöglicht werden.

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Diesen Antrag gab es bereits vor der Amtszeit von Tobias Borstel aus dem politischen Raum, und wurde lediglich umgesetzt.

Fakt

Am 03. Juni 2020 wurde an der Alten Molkerei der erste Hotspot für kostenfreies Internet installiert. Drei weitere folgten im gleichen Jahr - und zwar in den drei Ortsteilen Kleinbeeren, Diedersdorf und Heinersdorf. Ein Jahr später konnte die Zahl der Hotspots in der Gemeinde Großbeeren noch einmal nach oben korrigiert werden. Mittlerweile sind bereits elf Hotspots in Betrieb.

Diese elf Standorte sind:

- Bibliothek am Rathaus
- Seniorentreff/Anglerheim
- Jugendclub Großbeeren
- Gemeindebüro/Kita Heinersdorf
- Feuerwehr Heinersdorf
- Dorfgemeinschaftshaus Kleinbeeren
- Dorfgemeinschaftshaus Diedersdorf
- Sportplatz Eichenhügel
- Trainingsplatz
- Gedenkturm Richtung Süd
- Gedenkturm Richtung Nord

Alle Hotspots wurden vom Ministerium für Wirtschaft und Energie in Brandenburg zur Verfügung gestellt. Umgesetzt wurde das Vorhaben durch Verwaltungsmitarbeiter aus dem Bereich IT und dem Hochbauamt. Bürger und Besucher können das kostenfreie W-LAN mit dem Namen „Brandenburg WLAN“ kostenfrei in Anspruch nehmen. Das Brandenburg-WLAN ist grundlegend und prinzipiell für die Besucher außerhalb der Gebäude gedacht. Das WLAN ist damit technisch dafür gedacht außerhalb der Gebäude genutzt zu werden. Eine Nutzung innerhalb der Gebäude ist nicht vorgesehen und unter Umständen nicht gegeben.

Ein Antrag oder eine Planung zur Umsetzung lokaler Hotspots, die es vor meiner Amtszeit gegeben haben könnte, sind mir und der Verwaltung nicht bekannt. Wenn dem so war, dann freut es mich, dass offene Beschlüsse der Gemeindevertretung aus der Zeit meines Vorgängers umgesetzt und letztlich realisiert werden konnten.

Lärmschutz

Meine Wahlaussage von 2018

Niemand mag Lärm ertragen. Der Lärmschutz muss Nachbesserung erfahren, wie z. B. rund um den Bahnhof an der L40.

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Es gibt eine Lärmaktionsplanung. Allerdings müssen die entsprechenden Schutzmaßnahmen beim zuständigen Straßenverkehrsamt beantragt werden.

Fakt

Ein Großteil der Maßnahmen aus den Lärmaktionsplänen können aufgrund der Zuständigkeiten nur mit Zustimmung von übergeordneten Behörden (z.B. Straßenverkehrsamt des Landkreises Teltow-Fläming und Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg) umgesetzt werden. Hierbei gab und gibt es aufgrund differierender Rechtsgrundlagen und Rechtsauffassungen negative Prüfergebnisse Seitens des Landkreises zu Anträgen und verkehrsrechtlichen Anordnungen zu Lärmschutzmaßnahmen an überörtlichen Hauptverkehrsstraßen.

Effizienz der Verwaltung

Meine Wahlaussage von 2018

Basierend auf der guten Erfahrung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werde ich gemeinsam mit der Verwaltung daran arbeiten, Abläufe schnell, effizient und bürgernah zu gestalten.

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Durch den permanenten Personalwechsel der letzten vier Jahre, stocken Arbeitsabläufe welche weder effizient noch bürgernah sind.

Fakt

In meiner Amtszeit wurde die Struktur der Verwaltung weiter ausgebaut. Ein tragfähiges Organigramm wurde eingeführt und der Personalstamm für die Aufgaben ertüchtigt. Es finden seit Beginn meiner Amtszeit nun regelmäßige Dienstberatungen in den Fachbereichen statt. Somit wird sichergestellt, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern jederzeit auskunftsfähig sind. Zudem wurde in die Digitalisierung von Prozessabläufen investiert. Dieser Prozess muss unbedingt weitergeführt werden, da gesetzliche Vorgaben uns zwingen Prozesse wie e-Rechnung und e-Akte zeitnah zu integrieren. Die Unterlagen für die Sitzungen der Gemeindevertreter sind bereits digital und online über das Ratsinformationssystem abrufbar. Dadurch werden personelle und finanzielle Ressourcen eingespart. Weiterhin wurde eine Online-Terminvergabe für das Einwohnermeldeamt eingeführt und soll auf weitere Themenbereiche der Fachebenen erweitert werden. Ebenso wurde in der Bibliothek die On-Leihe eingeführt und der Schritt ins digitale Zeitalter gegangen. Diese Systeme sind zeitgemäß und bürgerfreundlich und führen zur Prozessoptimierung auf allen Ebenen. Dennoch braucht eine funktionierende Verwaltung mehr Personal, welches die Prozesse ausführt und umsetzt. Die Gemeindevertretung ist hier in der Verantwortung die notwendigen Stellen freizugeben.

Bürgersprechstunden

Meine Wahlaussage von 2018

Regelmäßige Bürgersprechstunden in Verbindung mit lokalen Bürgerversammlungen werde ich einführen

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Bürgersprechstunden werden nur sporadisch auf Facebook durchgeführt. Im Bereich Bürgerversammlungen sind keine Aktivitäten zu verzeichnen.

Fakt

Die Digitale Bürgersprechstunde wird regelmäßig durchgeführt und angenommen. Auch der vermehrte Einsatz von Umfragen zu diversen Themen führt zu einem erfolgreichen Austausch zwischen Bürgern und Verwaltung und lässt Themen und Wünsche in den Arbeitsablauf einfließen. Neu ist das eingeführte Format RathAUSblicke, welches in regelmäßigen Abständen zwischen Verwaltung und Bürgern den Austausch über den normalen Arbeitsablauf einer Verwaltung bereitstellen soll. Darüber hinaus fanden und finden zu den jeweiligen Themen, wie zuletzt beim Verkehrsentwicklungs- oder dem Sportentwicklungskonzept zahlreiche Workshops mit verschiedenster Beteiligung statt. Ebenfalls nicht unerwähnt sollte bleiben, dass es regelmäßige Ortsteilspaziergänge gibt, die sich wachsender Beliebtheit erfreuen und mit zahlreichen Themen unterfüttert sind. Dennoch war in den zwei vergangenen Jahren pandemiebedingt der direkte Austausch erschwert, was ich persönlich bedauere.

Ratsinformationssystem

Meine Wahlaussage von 2018

Die schnelle Umsetzung des von der Gemeindevertretung beschlossenen Bürger- und Ratsinformationssystems muss kommen. Die Kommune muss sich proaktiv an Projekten des Landes zur Einführung des eGovernments beteiligen.

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Das Bürger- und Ratsinformationssystem funktioniert nur eingeschränkt und mit permanenten Fehlern. Proaktive Aktivitäten im Bereich des eGovernment sind nicht zu verzeichnen.

Fakt

Nach Beginn meiner Amtszeit wurde sukzessive an der Einführung und Umsetzung des Ratsinformationssystems (RIS) gearbeitet, welches vorher nicht eingeführt wurde. Das RIS steht jetzt seit mehreren Jahren der Gemeindevertretung als auch den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Die Nutzung ist nicht eingeschränkt, aber es gibt Kommunikationsprobleme und zusätzliche Ansprüche seitens der Gemeindevertretung an das System. Somit wurde ein neues RIS ausgeschrieben und soll bis zum Ende Sommer 2022 allen zur Verfügung stehen. Das alte System läuft weiterhin parallel und wird entsprechend gepflegt. Neben der Einführung und Einrichtung des RIS wurde dafür gesorgt, dass alle Gemeindevertreter und sachkundigen Einwohner mit einem Tablet ausgestattet wurden, damit die Gremienarbeit reibungslos ablaufen kann. Das Tablet in der Hand ist jedoch nur die Spitze des Eisberges. Damit das System auch sicher und gut funktioniert, musste eine entsprechende Infrastruktur im Hintergrund geschaffen werden. Den größten Teil des Eisberges sieht man für gewöhnlich nicht. So sehen auch die Gemeindevertreter nicht, dass die Verwaltung im Bereich der Digitalisierung große Schritte in die Zukunft gemacht hat.

eGovernment

Meine Wahlaussage von 2018

Das eGovernment soll die Verwaltung moderner und dienstleistungsorientierter machen. Nach dem Lebenslagenmodell möchte ich den Bürgern ein angepasstes Angebot an Dienstleistungen der Verwaltung schaffen.

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Es gibt ein Ticketsystem für eine Terminvereinbarung. Die Dienstleistungsbereitschaft der Gemeindeverwaltung hat aber zeitlich eher abgenommen. Während alle anderen Kommunen ihre Rathäuser wieder dem Besucherverkehr öffnen, ist das Rathaus nach wie vor geschlossen. Der Bereich des eGovernment umfasst allerdings deutlich mehr, als ein „Ticketsystem“.

Fakt

Das Thema Digitalisierung ist mit der Einstellung von zwei neuen Systemadministratoren vorangeschritten. Die fast 10 Jahre alten Server wurden gegen einen Hochleistungsrechner ausgetauscht und in eine „neue“ digitale Umgebung des 21. Jahrhundert eingebunden. Dabei wurde zudem die Datensicherheit der Verwaltung erhöht und auf den gängigen Standard gehoben. Zudem werden die neuesten Softwaresystemlösungen in die digitale Welt der Verwaltung eingebunden, so dass besonders Bürgerinnen und Bürger neue Möglichkeiten geboten bekommen. So können Bücher der Bibliothek online entliehen, Termine im Bürgerservice online gebucht und Wahlunterlagen online abgerufen werden. Für unsere Kitas ist eine Kita-Software angeschafft worden, die gerade eingerichtet wird und die Steuerung, Organisation und Abrechnung erleichtert und zukünftig auch für die Eltern als Tool zur Verfügung gestellt wird. Auch der Aufbau eines digitalen Dokumentenmanagementsystems wird folgen und uns zukünftig weitestgehend papierlos arbeiten lassen.

Neubürgerempfang

Meine Wahlaussage von 2018

Ich setze mich für einen Empfang unserer Neubürgerinnen und Neubürger ein.

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Das Thema wurde vom Bürgermeister bisher nicht thematisiert.

Fakt

Mit Beginn 2019 wurde die Willkommensmappe für Neubürger*innen eingeführt mit zahlreichen Informationsmaterialien. Die Mappe für Neubürgerinnen und Neubürger wird seitdem erweitert und aktualisiert und erfreut sich großer Beliebtheit.

Faktencheck

zu besonderen Themen

Personalführung und Mitarbeiterbindung

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Zahlreiche Beschäftigte der Gemeindeverwaltung verlassen Großbeeren. Die Kernverwaltung, also die Beschäftigten im Rathaus, der Gemeinde Großbeeren umfasst ca. 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In den letzten drei Jahren sind im Bereich der Kernverwaltung sehr viele der Stellen neu besetzt worden. Im Bundesdurchschnitt haben öffentliche Verwaltungen eine Fluktuation von 12 Prozent (QUELLE: BFA oder Bundesagentur). Nach Abzug des Anteils neu geschaffener Stellen und altersbedingter Abgänge liegt die Fluktuationsquote deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Jeder Weggang eines Mitarbeiters bedeutet einen Verlust von Kompetenz und Wissen. Wertschätzende Mitarbeiterführung in Zeiten eines Fachkräftemangels sieht anders aus! Ein daraus resultierender Imageschaden als Arbeitgeber im Landkreis und in den Nachbargemeinden kann nicht ausgeschlossen werden.

Fakt

Der Mitarbeiterstamm der Kernverwaltung wies im Jahr 2018 insgesamt 37 Stellen auf. Der aktuell zu beschließende Stellenplan umfasst 46 Stellen in der Kernverwaltung, was einem Zuwachs von 24 Prozent entspricht. Richtig ist, dass uns altersbedingt einige Personalkräfte heute nicht mehr zur Verfügung stehen. Auch sind Mitarbeitende in andere Verwaltungen gewechselt, da durch die Kommunalpolitik die eigene Arbeit nicht gewertschätzt, sondern in den Gremien zerrieben wurde. Dennoch ist es gelungen, den Mitarbeiterstamm in 4 Jahren für die anstehenden Aufgaben zu kompensieren, zu steigern und zu qualifizieren. Darüber hinaus ist das Durchschnittsalter der Kernverwaltung von 55 Jahren auf 49 Jahre gesunken.

Es besteht dennoch weiterhin die große Gefahr, dass wir im Ringen um gut qualifizierte Arbeitskräfte den Anschluss verlieren, obwohl wir als attraktiver Standort viel zu bieten haben. Hauptproblem bei der Einstellung von Personal ist jedoch der große Zeitaufwand beim Einstellungsprozess durch die ungewöhnlich strenge Beteiligung der Gemeindevertretung bei allen Einstellungen ab den Gehaltsgruppen ab E8 und S8 TVöD. Dies führt bei den sinkenden Bewerberzahlen dazu, dass zahlreiche Bewerber sich am Ende nicht für Großbeeren entscheiden, da eine schnelle Einstellung nicht möglich ist. Zudem scheuen Bewerber auch den Einstellungsprozess durch das Gremium und ziehen dadurch ihre Bewerbungen zurück.

Der Gemeindevertretung habe ich den Umstand, dass wir durch diese unübliche Vorgehensweise ins Hintertreffen geraten, mehrfach öffentlich und schriftlich mitgeteilt. Sie ist bis heute nicht gewillt, den Einstellungsprozess zu verkürzen, sondern gefährdet mit der harten Haltung, dass die kommunale Selbstverwaltung eingeschränkt wird. Der zunehmende Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt kann dazu führen, dass die Gemeinde aufgrund der dadurch entstehenden Handlungsunfähigkeit ihre Eigenständigkeit als Gemeinde aufgeben muss und eine Angliederung an eine größere Gebietskörperschaft damit zu befürchten ist. Dies möchte ich als Bürgermeister verhindern und kämpfe vehement den notwendigen Handlungsspielraum durch die Gemeindevertretung, bevor es zu spät ist.

Wohnungsbau

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Bereits vor Jahren wurde eine Wohnraumplanung für die Gemeinde Großbeeren erstellt. Sie zeigte deutliche Defizite, gerade bei kleinem bezahlbarem Wohnraum. Während Alt-Bürgermeister Ahlgrimm die gemeindlichen Potenzialflächen erschließen wollte (Ruhlsdorfer Feld, An den Saufichten) ist der Bürgermeister Tobias Borstel davon abgerückt.

Eine mögliche Planung von Wohnraum in Birkenhain zieht sich hin, so dass der Eigentümer (Bund) mehrfach die Gemeinde angemahnt hat, schneller zu agieren. Das ist zwingend notwendig, um vorgegebene Fristen einzuhalten. Nur ein großes Neubauprogramm mit Mehrgeschossbau kann bezahlbaren Wohnraum sicherstellen, allerdings sollte die Bebauungsplanung am Umfeld und modernen ökologisch-nachhaltigen Standards orientieren und sich damit in die Landschaft einfügen

Fakt

Auch dieses Thema wurde bereits im Punkt „künftige Großbauprojekte“ bei den Wahlaussagen auf Seite 10 ausführlich beantwortet.

Aktion wachsamer Nachbar

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Entgegen des Wahlversprechens des Bürgermeisters hat er seit Amtsantritt im Jahr 2018 es lediglich zu einem kurzen Hinweis in seinen monatlichen Berichten geschafft. Weder im Hauptausschuss, den der Bürgermeister vorsitzt, noch durch andere regelmäßige Informationsveranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger, kam er dieser Verantwortung nach. Ebenso lehnte er dieses von ihm vernachlässigte Thema „Sicherheit für die Gemeinde“ durch Gründung eines eigenen Sicherheitsausschusses ab.

Fakt

Das Projekt Wachsamer Nachbar ist mir sehr wichtig. Die Revierpolizei als auch die Sicherheitspartner sind hier zwei stützende Säulen der Aufklärungspolitik im Ort. Der rege Austausch zwischen Bürgermeister, Polizei und Sicherheitspartner führte zu verstärkter Zusammenarbeit im Bereich der Präventionsleistungen über die Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Großbeeren. Besonders auf die Wachsamkeit der Nachbarschaften wurde hingearbeitet, so dass durch Prävention in Großbeeren die Sicherheit besser als in anderen Gegenden funktioniert.

Ein neuer Ausschuss mit dem Thema Sicherheit und Ordnung war eine Anregung der Gemeindevertreter, welche sich letztlich aber gegen die Gründung eines weiteren Ausschusses mehrheitlich ausgesprochen hat. So kam es, dass das Thema Sicherheit im Hauptausschuss als dauerhafter und fester Tagesordnungspunkt verankert wurde und dort Sicherheitspartner, Ordnungsamt als auch Polizei regelmäßig zu den Sachständen vortragen. Mit Einrichtung des Themas „Sicherheit“ im Hauptausschuss ab September 2021 bat ich die Fraktionen regelmäßig um Einreichung von ihren Fragen zum Thema „Sicherheitslage in Großbeeren“. Bisher gab es nur einen einzigen Einreicher von Fragen in der Sitzung vom März 2022.

Brandschutz

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Trotz mehrfacher Nachfragen und Ermahnungen seitens der Gemeindevertretung konnte der Bürgermeister bisher die drei Jahre alte Mängelliste aus der Brandverhütungsschau nicht abstellen. Diese umfassen öffentliche Gebäude, u.a. unsere Otfried-Preußler-Schule. Dadurch ist die Sicherheit der Kinder und Pädagogen im Fall eines Brandalarms massiv gefährdet.

Fakt

Zum Sachstand Thema Brandschutz in der Otfried-Preußler-Schule Großbeeren möchte ich Ihnen den bisherigen Werdegang näherbringen, der der Kommunalpolitik bekannt ist und über den die Gemeindevertretung stets in Kenntnis gesetzt wurde. Die Komplexität anhand dieses Beispiels soll Ihnen verdeutlichen, wie langwierig ein solch wichtiger Prozess sein kann.

- Mai 2019: Ausschreibung und Vergabe Digitalaufmaß der Bestandsgebäude (Erstellung von Grundrissplänen) als Grundlage für die weitere Planung
- September bis Dezember 2019: Archivrecherchen zu den einzelnen Baugenehmigungsunterlagen der Bestandsgebäude durch das Hochbauamt. Die Schule besteht aus fünf Bauteilen unterschiedlichen Alters mit diversen Um- und Anbauten.
- Dezember 2019 – Ausschreibung und Vergabe brandschutztechnische Beratungsleistung: Erstellung eines ganzheitlichen Brandschutzkonzeptes mit den Festlegungen zu den baulichen, anlagentechnischen und betrieblichen Maßnahmen der Bestandsgebäude. Mit dem Ziel, die Bauteile, die in den vorliegenden Brandschutznachweisen bzw. Baugenehmigungen bisher nicht erfasst wurden, unter Bezug des damals genehmigten Zustands im Abgleich mit der Risikobewertung einzuschätzen.
- Januar und Februar 2020: Im Zuge der Planung wurde festgestellt, dass sich bei der Umsetzung der geforderten Brandschutzmaßnahmen die Belange des Denkmalschutzes sowie des Arbeits- und Unfallschutzes sich bei einigen Maßnahmen gegenüberstehen. Deshalb sollten im Rahmen eines ersten Abstimmungsgespräches zunächst folgende Punkte abgestimmt werden: Umfang und Art der brandschutztechnischen Ertüchtigung der Türen im ehemaligen Wohntrakt sowie Art und Umfang der Maßnahmen im Bereich der Fassaden. Die Besprechungen fanden gemeinsam mit den Beteiligten der Brandschutzdienststelle, dem Denkmalschutz, der Unfallkasse und dem Arbeitsschutz statt.
- März 2020: Im Rahmen der brandschutztechnischen Begutachtungen war der Nachweis der Feuerwiderstandsdauer der bauzeitlich eingesetzten Stahlsteindecken erforderlich. Angebotseinholung und Vergabe erfolgten zeitnah.
- Bis Mai 2020: Sichtung der einzelnen Baugenehmigungen. Durchführung von mehreren Begehungsterminen und Abgleich mit der genehmigten Situation. Erstellung eines ganzheitlichen Brandschutzkonzeptes. Ziel ist das Erreichen der bauaufsichtlichen geforderten Schutzziele sowie der Genehmigungsfähigkeit der Nutzungsänderung aus brandschutztechnischer Sicht.
- Juni 2020: erneute Abstimmungsrunde im Landkreis mit allen Beteiligten – leider konnte hier keine Einigung zwischen dem Denkmalschutz und dem Arbeitsschutz erzielt werden.

- August und September 2020: Ausschreibung und Vergabe Objektplanung für die Erstellung der Genehmigungsplanung (Einreichung Bauanträge) zur Umsetzung des Brandschutzkonzeptes und Umnutzung des Wohntraktes. Im Zuge der Planung wurde festgestellt, dass hier die Hinzuziehung eines Fachplaners für Gebäudetechnik (TGA) zwingend erforderlich ist. Themenschwerpunkte sind u.a. die Errichtung einer Brandmeldeanlage und die Ertüchtigung der vorhandenen Elektroinstallation.
- Februar bis April 2021: Suche Fachplaner TGA (zahlreiche Absagen aufgrund der Auslastung durch den Digitalpakt und die Konzeption von Lüftungsanlagen wegen Corona)
- Mai 2021: Vergabe Planungsleistung TGA
- Juli 2021: Planungsbesprechung mit den Planern (Architekten, Fachplaner Brandschutz, Fachplaner TGA und Hochbauamt)
- August 2021: Begehungstermine/Bestandsaufnahme TGA sowie Konzeption der Brandmeldeanlage gemäß DIN 14675 liegt als Entwurf der zuständigen Brandschutzdienststelle vor.
- September 2021: Erweiterung brandschutztechnische Beratungsleistungen, Fortschreiben des Brandschutzkonzeptes auf die aktuelle Planung und Konzeption der Brandmeldeanlage gemäß DIN 14675 (Pkt. 5)
- Oktober 2021: Abstimmungen zur Genehmigungsplanung und Einreichung Bauantrag, offene Fragen an den Nutzer, Erfordernis Vorabstimmung Denkmalschutz und Arbeitsschutz
- November 2021: Abstimmung Genehmigungsplanung mit dem Nutzer (Schule) – offene Punkte klären, Abstimmung Genehmigungsplanung mit Unfallkasse und Arbeitsschutz, Abstimmung Genehmigungsplanung mit dem Denkmalschutz
- 1. Quartal 2022 – Einreichung Bauantrag
- Danach: Erstellung Leistungsverzeichnisse, Vorbereitung Ausschreibung, Vergabe der Bauleistungen erfolgt nach Eingang der Baugenehmigung (erfahrungsgemäß 12 Monate nach Antragstellung)

Natürlich hoffe auch ich bei all diesen Prozessen immer auf eine möglichst schnelle Fertigstellung. Die Gemeindevertretung kennt jedoch diese langwierigen Abläufe und auch die Schwierigkeiten. Es ist unseriös, dafür dem Bürgermeister die Schuld zuzuschieben.

10 Jahresabschlüsse fehlen

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Der Bürgermeister sagte bei Beginn seiner Amtszeit zu, zeitnah eine Eröffnungsbilanz vorzulegen. Die Gemeindevertretung sicherte eine schnelle Erstellung der Eröffnungsbilanz mit allen ihr zur Verfügung stehenden Unterstützungsmaßnahmen zu. Der Bürgermeister hatte sogar den damaligen Kämmerer versetzt und somit abgelöst. Die Eröffnungsbilanz beschreibt die Vermögenswerte der Gemeinde. Sie ist Grundlage für kommunale Abschreibungen, die wiederum die Grundlage für Jahresabschlüsse sind. Erst mit den Jahresabschlüssen besteht Gewissheit zur Finanzsituation der Gemeinde Großbeeren und ob das jeweilige Haushaltsjahr und damit der Haushaltsplan mit einem Plus oder eben mit einem Minus abgeschlossen wurde. Minus-Erträge müssen ausgeglichen und Überschüsse als Rücklagen gebildet werden. Rücklagen bilden die Voraussetzung für notwendige Investitionen und stellen ein Fundament für Notfälle dar.

Bis heute gibt es keinen Überblick über die finanzielle Situation der Gemeinde Großbeeren. Die Verantwortung hierfür liegt beim Hauptverwaltungsbeamten einer Gemeinde.

Fakt

Es ist richtig, dass ich veranlasst habe, dass der damalige Kämmerer die Kämmerei nicht weiterzuführen hat, sondern sich auf den Geschäftsbereich Sicherheit und Ordnung konzentrieren sollte. Aufgrund der Tatsache, dass der damalige Kämmerer weder eine Eröffnungsbilanz noch die fehlenden Jahresabschlüsse ab 2011 vorweisen konnte, habe ich die Leitungsfunktion neu verteilt.

Seitdem hat die neue Kämmerin den Mitarbeiterstamm aufbauen und ab 2022 erweitern können. Mit Beginn ihrer Tätigkeit wurde schnell klar, dass hier Versäumnisse aufzuarbeiten waren, die vor ihrer Zeit geschehen sind. Hier fehlten beispielsweise aktualisierte Dienstanweisungen, ein Forderungsmanagement, nicht geklärte Konten ab 2013 (hier dauert die Aufarbeitung noch an), fehlende bzw. nicht funktionierende Schnittstellen zwischen Programmen, internes Kontrollsystem.

Ein Jahr nach ihrer Übernahme der Kämmerei, am 30.09.2020, legte die Kämmerin die Eröffnungsbilanz dem Landkreis zur Prüfung vor. Der Landkreis Teltow-Fläming hatte zu diesem Zeitpunkt keine Kapazitäten, um die Prüfung selbst durchzuführen. Somit wurde die Leistung ausgeschrieben. Diese Prüfung wird derzeit durch einen externen Wirtschaftsprüfer durchgeführt und durch die Verwaltung begleitet.

Die Prüfung zieht sich etwas in die Länge, da durch fehlende Dokumentationen in den Vorjahren ein internes Kontrollsystem nachträglich aufgebaut werden musste.

Hier nur einige Beispiele: Regelungen der Verantwortlichkeiten, Berechtigungen bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz, Vier-Augen-Prinzip, Plausibilitätsprüfungen bei internen und externen Zuarbeiten, nachträgliche Neubewertungen im Güterverkehrszentrum (Belegsuche ab 1994), fehlende Dokumentation und Belegführung beim Wechsel von kameraler Buchführung auf die doppische Buchführung sowie beim Wechsel der Software, fehlende Dokumentation der Fördermittel und deren Verwendung ab 1994.

Wichtiger Hinweis, der auch der Kommunalpolitik immer wieder neu erklärt werden muss: Auf die liquiden Mittel der Gemeinde Großbeeren kann jederzeit zugegriffen werden, um die notwendigen Investitionen zu tätigen. Durch das Fehlen der Jahresabschlüsse und der damit verbundenen eventuellen Rücklagen kann der Ergebnishaushalt, der die Folgekosten der Investitionen ausweist, entlastet bzw. ausgeglichen werden. Daran wird derzeit vehement gearbeitet. Es ist unseriös und frech, mir den schwarzen Peter für die fehlende Eröffnungsbilanz und die Jahresabschlüsse zuzuschieben.

Spielplätze

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Spielplätze sichern Bewegung und regen die Fantasie unserer Kinder an. Sie fördern Kinder in ihrer Kreativität und laden zum bedenkenlosen Toben ein. Für junge Familien sind deshalb gepflegte und sichere Spiellandschaften wichtig. Spielplatzangebote schaffen Zufriedenheit bei Kindern und Eltern.

Obwohl mehrfach im Ausschuss für Bildung und Soziales darauf hingewiesen wurde, dass im Bereich der Spielplätze massive Mängel vorliegen, wurden erst mit großem zeitlichen Verzug reagiert und Maßnahmen ergriffen. Einige Spielgeräte müssen ausgetauscht und ersetzt werden. Spielsand auf Spielplätzen muss regelmäßig gereinigt und aufgefüllt werden.

Weitere notwendige Investitionen für neue generationsübergreifende Freizeitmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Das zu realisieren und umzusetzen gelang Bürgermeister Borstel trotz Versprechen nicht. Finanzielle Spielräume des Gemeindehaushaltes waren für die Förderung unsere Kinder kein Schwerpunkt des Bürgermeisters.

Fakt

Der Verwaltung Großbeeren ist es in den vergangenen Jahren, auch bei schwieriger Haushaltsslage, gelungen Spielgeräte auszutauschen und neue Spielwelten zu errichten. Die altersgerechte Gestaltung der öffentlichen Spielplätze sowie deren Modernisierung mit dauerhaftem Charakter liegen im Interesse der Gemeindeverwaltung. Hierzu wurden Gespräche mit Vertretern der Gemeindevertretung geführt und Musterdarstellungen von „Steckbriefen“ zugetragen.

Eine Spielplatzentwicklung ist zuständigkeitshalber in zwei Stellen der Verwaltung angesiedelt. Zum einen in Instandsetzung, Wartung, Pflege beim Ordnungsamt und zum anderen in Neubau beim Hochbauamt. Daher erfolgt hier auch die Abstimmung in der Haushaltsplanung. Es erfolgt eine wöchentliche Sichtprüfung nach erkennbaren Beschädigungen durch die Gemeindeverwaltung. Vierteljährlich findet durch diese Mitarbeiter eine komplette Funktionsprüfung sämtlicher Spielgeräte auf allen Spielplätzen statt. Jährlich wird eine Prüfung und Abnahme durch einen extern Beauftragten durchgeführt. Dabei werden sämtliche Mängel festgestellt und protokolliert. Dies geschieht mit einer Prioritätensetzung bezüglich der Pflicht zur Mängelbeseitigung. Nach Protokoll werden etwaige Schäden oder Ähnliches zeitnah aufgearbeitet.

Alle Bauhof-Mitarbeiter und Hausmeister wurden einer intensiven Schulung zur selbstständigen Spielplatzkontrolle unterworfen, sodass nun in der Folge diverse Spielplätze nach und nach per Steckbrief erfasst und beschrieben werden. In Abstimmung mit dem Bauamt wird nach Prioritätenliste begonnen, unsere Spielplätze zu modernisieren und den Wünschen der Bevölkerung anzupassen. Einige Spielplätze wurden bereits erneuert oder angepasst oder wurden mit modernsten Spielgeräten grundüberholt. Dennoch bedarf es einer umfangreicheren finanziellen Ausstattung im Gemeindehaushalt, welche durch die Gemeindevertretung zu berücksichtigen und zu beschließen ist. Es ist Unsinn zu behaupten, die Förderung unserer Kinder sei kein Schwerpunkt des Bürgermeisters. Es steht den Gemeindevertretern doch frei, mehr Gelder für diese Zwecke einstellen zu lassen.

Immer wieder Verzögerungen

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Die Einbringung des Haushaltsentwurfs einer Gemeinde sollte entsprechend der gültigen Kommunalverfassung im Rahmen einer Sitzung der Gemeindevertretung erfolgen. Ohne einen gültigen Haushalt kann eine Gemeinde lediglich die pflichtigen Aufgaben, beispielsweise Auszahlung von Gehältern der Beschäftigten oder für notwendige Reparaturen und Wartungen usw., bearbeiten oder umsetzen.

Dringende und wichtige Investitionen sind nur möglich, wenn ein Haushalt durch die Gemeindevertretung beschlossen wurde. Für einen Beschluss müssen daher selbstverständlich für die ehrenamtlich tätigen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter zeitnah und zwingend alle benötigten Unterlagen rechtzeitig vorliegen. Dazu gehört neben einem vollständigen Haushaltsentwurf mit sämtlichen Haushaltspositionen insbesondere der für die Gemeinde gültige Stellenplan, in dem die möglichen Personalstellen für die Verwaltung festgelegt werden.

Weil durch die Pandemie Einnahmen weggebrochen sind, drängt die Gemeindevertretung fortwährend darauf, dass – wie auch im Kreistag Teltow-Fläming üblich – eine dazugehörige Prioritätenliste vorgelegt wird. In Zeiten unplanmäßiger Mindereinnahmen ein unverzichtbares Instrument einer soliden Haushaltsführung.

Falschaussage des Bürgermeisters zum Haushalt! In seinem Bericht vom 19.12.2019 hat der Bürgermeister während der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung eine Falschaussage zur Auszahlung von Gehältern für die Mitarbeiter der Verwaltung getroffen.

Zur Erinnerung: Der Haushalt 2021 konnte aufgrund nicht vorliegender Informationen erst im November 2021 verabschiedet werden. Die Einbringung des Haushalts 2022 wurde vom Bürgermeister, erneut verspätet, erst im Februar 2022 eingebracht wodurch wieder wertvolle Zeit durch den Bürgermeister verschenkt wurde.

Fakt

Die Aussage, dass der Haushalt 2021 erst im November verabschiedet werden konnte, ist nicht wahrheitsgemäß. Der Haushalt 2021 wurde im September 2021, nach zahlreichen Debatten, verabschiedet. Der Haushalt lag der Gemeindevertretung in kompletter Form gem. Kommunalverfassung noch vor der Sommerpause 2021 vor. Die Form, wie z.B. die Fußnote oder die Benennung der jeweiligen Datei spielten dabei eine besondere Rolle für die Gemeindevertretung.

Bereits im Februar 2021 wurden die Gemeindevertreter in das Zahlenwerk eingeführt. Der Entwurf des Zahlenwerkes wies noch ein deutliches Defizit auf. Die Priorisierung der umzusetzenden Maßnahmen sollte in Zusammenarbeit mit der Gemeindevertretung erfolgen, um u.a. die zu erwartenden Steuermindereinnahmen auszugleichen. Richtig ist, dass bis Juni 2021 die vorgeschriebenen Übersichten und der Vorbericht noch nicht vorlagen, da das Zahlenwerk in der pandemischen Lage vorrangig diskutiert werden sollte, um den Haushaltsausgleich zu erzielen. Eine Prioritätenliste ist kein Bestandteil der Haushaltssatzung einer Gemeinde, sondern wird besonders auf Ebene der Landkreise als Mittel genutzt, um größere Maßnahmen politisch mitzutragen und eine Übersicht darzustellen, da der Haushalt eines Landkreises wesentlich umfangreicher aufgestellt ist als in Großbeeren. Die Maßnahmen in der Gemeinde Großbeeren sind allen Gemeindevertretern bekannt und sind in der Haushaltssatzung erklärend dargestellt. Einer Prioritäten- oder Maßnahmenliste bedarf es somit nicht.

Der Haushalt 2022 wurde erstmalig im Februar eines Jahres eingebracht, früher als je zuvor. Das Zahlenwerk sowie der Bericht zum Haushalt ist eingebracht und geht nun durch die einzelnen Ausschüsse. Bisher ist der Verwaltungsspitze kein Änderungswunsch zum Haushalt 2022 mitgeteilt worden. Der Haushalt 2022 könnte somit, sofern die Gemeindevertretung das zulässt, bereits Anfang Mai 2022 beschlossen werden. Zum Vergleich: der Haushalt des Landkreises wurde erst nach dem Gemeindehaushalt dem Kreistag vorgestellt. Zahlreiche Kommunen haben einen Haushalt 2022 bisher noch nicht eingebracht.

Meine Aussage in der Dezembersitzung 2019 war damals nicht richtig und das habe ich in der darauffolgenden Sitzung auch entschuldigend klargestellt. Mir ging es damals um eine generelle Betrachtung, dass der zu beschließende Nachtragshaushalt für 2019 eminent wichtig gewesen ist. Dass meine Entschuldigung keine Erwähnung findet und ein bereits aufgeklärter Sachverhalt nun als Fehler nochmals herhalten muss für Vorwürfe, ist unseriös.

Übermäßige Personalkostensteigerung

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Die vom Bürgermeister Borstel vorgenommenen Umstrukturierungsmaßnahmen in der Verwaltung reißen ein Loch in den Haushalt. Es sind seit Amtsantritt des Bürgermeisters Tobias Borstel Personalkostensteigerungen in beträchtlicher Höhe für unsere Gemeinde entstanden. Sie sind in ihrer Gesamtheit bzw. Höhe nicht nur erschreckend, sondern auch mit persönlichen Auswirkungen der Entlassenen, zum Teil langjährigen Mitarbeitern, verbunden. Seit Amtsantritt des derzeitigen Bürgermeisters ist ein starker Mitarbeiterwechsel zu verzeichnen. Bereits in den ersten Wochen nach Amtsantritts gab es etliche Kündigungen seitens des Bürgermeisters bzw. von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch davon betroffen waren Mitarbeiter, die bereits zum Teil seit mehr als 20 Jahren für die Verwaltung tätig waren.

Offen blieb, warum Borstel die Mitarbeiter/innen kündigte.

Die bekannten Vorgänge lassen darauf schließen, dass auch qualifizierte Mitarbeiter, die bereits seit vielen Jahren für die Gemeinde tätig waren, nach Erfahrungen mit dem derzeitigen Bürgermeister den schweren Entschluss gefasst hatten, zu kündigen. Bis heute besteht eine starke Fluktuation der Beschäftigten in der Verwaltung.

Im Zeitraum 2018 bis 2021 gab es eine Personalkostensteigerung in Höhe von ca. 1,7 Mio. Euro (Quelle: Haushalt der Gemeinde). Zwar sind in diesem Betrag die Kosten für die neu eingestellten Erzieherinnen und Erzieher für die Kita Bahnhofstraße enthalten, aber der Anteil in 2021 ist vergleichsweise gering.

Ergebnis: Die enormen Kosten Aufwüchse stehen in keinem Verhältnis zu den Einnahmen der Gemeinde Großbeeren. Die Stellenplanung, die durch die Gemeindevertretung abgesichert ist, entspricht nicht dem vorhandenen Personal Mengengerüst. Die vorgenommenen Umstrukturierungsmaßnahmen sind intransparent und damit nicht nachvollziehbar.

Fakt

Die Personalkostensteigerungen liegen nicht über einem Normalmaß oder gefährden die Haushaltslage der Gemeinde Großbeeren, sondern sie sind Ausdruck für den notwendigen Aufwuchs der Personalstellen in den Kindertageseinrichtungen sowie in der Kernverwaltung. Die Gemeinde Großbeeren beschäftigte bei meinem Amtsantritt im Jahr 2018 insgesamt 89 Personen. Mit dem Jahr 2022 sind es bereits 110 Personalstellen. Der größte Aufwuchs entstand in den Einrichtungen für die Kindertagesbetreuung aufgrund der Eröffnung neuer Einrichtungen. Die Lohnkostensteigerungen sind durch den Personalaufwuchs sowie durch die tariflichen Erhöhungen in den Haushalten der Gemeinde erklärbar. Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass der Personalaufwuchs durch die Gemeindevertretung politisch alljährlich mitgetragen und im Stellenplan der jeweiligen Haushaltsjahre verankert wurde. Ein Stellenaufwuchs außerhalb des Stellenplans ist gesetzlich nicht möglich, sondern geht nur durch einen beschlossenen Haushalt mit entsprechendem Stellenplan. Solch einen Beschluss fasst die Gemeindevertretung jedoch in ihrer Gesamtheit.

Die Kündigungen zum Beginn meiner Amtszeit möchte ich nicht bestreiten, diese waren aber notwendig, da Unregelmäßigkeiten bei Qualität und Integrität der Stelleninhaber meine Entscheidungen notwendig machten. Der Personalrat hat die von mir dargelegten Kündigungsgründe jeweils einstimmig bestätigt. Langjährige Mitarbeiter wurden meinerseits nicht gekündigt. Es gab jedoch Fälle, in denen ein freiwilliger Personalwechsel stattgefunden hat.

Eine dynamische Verwaltung funktioniert nur aufgrund von Vertrauen, von Loyalität und Integrität und einer rechtskonformen Arbeitsweise. Diese Grundlagen wurden in den vergangenen vier Jahren geschaffen. Leider ist jedoch zu beklagen, dass Mitarbeitende der Verwaltung immer wieder durch die zunehmenden Anfeindungen, Beleidigungen und Herabwürdigungen einiger Gemeindevertreter damit gemahnt haben, die Verwaltung zu verlassen oder diesen Entschluss bereits getroffen haben.

Zusätzlicher Revierpolizist

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Entgegen des Wahlversprechens des Bürgermeisters, eine zusätzliche Haushaltsstelle bei dem zuständigen Polizeirevier zu forcieren, kam der Bürgermeister seit 2018 nicht nach. Weder mit den politischen Gremien, noch durch aufklärende Veranstaltungen, waren keine Schwerpunkte seines Wirkens für die Gemeinde erkennbar. Zahlreiche Einbrüche sowie dokumentierte Übergriffe auf die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde und das fehlende Handeln des Bürgermeisters hatten z.T. negative Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsgefühl.

Fakt

Derzeit verfügt die Gemeinde Großbeeren über zwei Stellen für die Revierpolizei. Eine dritte Stelle ist nach wie vor in Planung, jedoch verschiedenen rechtlich festgeschriebenen Voraussetzungen unterworfen. Es spielen unter anderem die Einwohneranzahl oder der Gefährdungsgrad in der Gemeinde eine nicht unerhebliche Rolle. Hier muss umfangreich, rechtssicher sowie begründet dargestellt werden, was eine weitere Stelle rechtfertigen könnte. Es ist dabei auch zu beachten, dass die Polizei Landesbeamte sind und nicht der kommunalen Verwaltungsstruktur im Sinne der Gemeinden unterworfen sind. Die Revierpolizei ist Aufgabe des Innenministeriums und damit des Landes Brandenburg. Der Gemeinde Großbeeren stehen derzeit zwei Revierpolizisten zur Verfügung, welche ihre Dienststelle im Gebäude der Verwaltung (Alte Molkerei) untergebracht sind. Das Thema der Revierpolizei wurde bisher nicht durch die Gemeindevertreter erfragt, noch waren die Fraktionen an einer Diskussion bezüglich des Aufwuchses interessiert. Als Richtzahl wird pro 4500 Einwohner ein Revierpolizist vorgeschlagen. Bei nunmehr 9.400 Einwohnern ist ein dritter Revierpolizist durchaus angeraten. Das Innenministerium des Landes Brandenburg hat in seinem Stellenplan neue Planstellen zugewiesen bekommen, ob diese auch für die Stärkung eines weiteren Revierpolizisten in Großbeeren zum Einsatz kommen werden, konnte noch nicht ermittelt werden. Grundsätzlich ist die Sicherheitslage in Großbeeren unverändert gut und nicht als Besorgnis erregend einzustufen. Die Sicherheitspartner als auch die Polizei werden regelmäßig im Hauptausschuss gebeten die Sicherheitslage der Gemeinde darzulegen. Diese besagt, dass in Großbeeren keine gestiegenen Sicherheitsproblematiken über die vergangenen Jahre aufgetreten sind. Die Ausführungen der Politik zu gestiegenen Sicherheitsbedenken in der Gemeinde können weder die Polizei, das Ordnungsamt noch die Sicherheitspartner der Gemeinde Großbeeren nachvollziehen zumal die Politik diese bisher zu keiner Zeit belegen konnte. Hier wird seitens der Politik lediglich mit subjektiven Ängsten der Bevölkerung gespielt.

Umwelt und Klima

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Trotz Wahlversprechen des Bürgermeisters wurde sich dem Thema nicht vollumfänglich angenommen. Politische Bestrebungen in Großbeeren einen Klimagipfel zu initiieren, um die Flora und Fauna unserer Gemeinde zu schützen und gemeinsame Maßnahmen zur anzugehen, wurden vom Bürgermeister in politischen Gremien als „Schaufensterpolitik“ denunziert.

Fakt

Einem Klimagipfel stand der Bürgermeister bisher nicht entgegen. Doch es geht letztlich nicht nur um Umwelt und Klima, sondern um das ganzheitliche Thema Nachhaltigkeit. Es ist mir sehr wichtig, dass wir uns sowohl als Gemeinde, als auch als Menschen auf diesem Planeten bewusst werden, dass Umwelt- und Klimaschutz Teil einer nachhaltigen Entwicklung mit vielen Aspekten sind. Ohne beispielsweise die finanziellen Mittel und eine moderne Infrastruktur zu sichern, bleibt vieles auf der Strecke.

Ein Antrag zum Nachhaltigkeitskonzept wurde durch die SPD eingebracht, an dem ich als Mitglied einer Arbeitsgruppe mitgewirkt habe. Als Bürgermeister unterstütze ich die Entwicklung eines ganzheitlichen Nachhaltigkeitskonzeptes vehement und werde nach Beendigung der Diskussionen aus den Ausschüssen den Antrag im Hauptausschuss weiterführen. Bisher sind mir leider aus den Ausschüssen keine Ergebnisse von den jeweiligen Ausschussvorsitzenden zugearbeitet worden.

Grundsätzlich kann jedoch gesagt werden, dass die Verwaltung viel für das Thema Umwelt und Klima tut. Die Gemeinde hat seit 2018 einige Ladesäulen für die E-Mobilität errichten lassen und weitere sind in Planung. Besonders Schnellladesäulen sind derzeit im Gemeindegebiet angedacht. Auch die eigene Fahrzeugflotte der Gemeinde Großbeeren soll ausgetauscht werden. Hier wurde seitens der Verwaltung bereits vorgeschlagen, dass E- oder Hybridautos angeschafft werden, was bei den Gemeindevertretern bisher jedoch nicht auf Zuspruch gestoßen ist. Auch wurden die Leuchtmittel in den Straßenlaternen in den vergangenen drei Jahren nach und nach durch energiesparende LED-Leuchten ersetzt. Auch die Energiebilanzen der gemeindeeigenen Gebäude wurden durch den Austausch von LED-Leuchten verbessert. Zudem ist die Gemeinde Großbeeren bereits dem Projekt „Global Nachhaltige Kommune Brandenburg“ beigetreten und wird die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen mit weiteren Kommunen im Land Brandenburg begleiten und Rechnung tragen. In der Verwaltung ist eine Personalstelle im Bauamt zuständig für Klima und Umwelt, die unter anderem auch Renaturierungsprojekte wie z.B. am Lilograben begleitet. Auch arbeiten die zuständigen Kollegen für die Betreuung des Güterverkehrszentrums in Absprache mit mir an der Transformation zu einem „Green-GVZ“. Neben der Errichtung einer Wasserstofftankstelle als Pilotprojekt im GVZ sollen auch hier weitere E-Ladesäulen Platz finden. Zusätzlich zu den bereits angelaufenen Projekten soll auch die Solarfläche innerhalb des Bahnringes erweitert werden, so dass noch mehr Sonnenenergie in der Gemeinde produziert werden kann. Auch unsere Pflanzenwelt muss mit den klimatischen Veränderungen angepasst werden. Hier achtet die Gemeinde bereits darauf, dass bei Neupflanzungen Gewächse angesetzt werden, die sich an die „Brandenburger Dürre“, also die immer seltener werdenden Niederschläge anpassen können und den angespannten Wasserhaushalt der Gemeinde Großbeeren entlasten.

Förderung des Jugendclubs

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Trotz Wahlversprechen des Bürgermeisters, die nachweisbar und nachzulesen sind, liegt das Augenmerk des Bürgermeisters Tobias Borstel mitNichten auf der Arbeit mit Kindern & Jugendlichen, geschweige denn, dass die bestehenden Räume des Jugendclubs für die nachkommende Generation entsprechend ausgestattet wurden. Seit Februar 2019 haben Teile der Gemeindevertretung die Instandsetzung der Fassade des Jugendclubs beantragt. Leider wurde durch den Bürgermeister anfänglich viele nicht zu haltende Begründungen geäußert, warum die Fassade nicht verschönert werden könne, wie z.B. Benennung von § 35 BauGB, welcher allerdings in diesem Fall nicht greift oder, dass andere Investitionen wichtiger seien, als die Fassade des Jugendclubs. Erst nach monatelangem Drängen durch Gemeindevertreterinnen und Vertreter, konnte letztendlich Ende November 2019 die Sanierung der Fassade des Jugendclubs umgesetzt werden. Der Jugendclub unserer Gemeinde erfährt leider nicht die notwendige Aufmerksamkeit im Vergleich zu Jugendclubs der Nachbargemeinden.

Fakt

Dieses Thema wurde bereits an vielen Stellen benannt. Eine ausführliche Darstellung dazu finden Sie bei den Wahlausagen unter dem Punkt „Jugendclub“ auf Seite 6.

Zustand der Schultoiletten

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Seit vielen Jahren erregen der Zustand der Schultoiletten die Gemüter von Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern. Der Bürgermeister sah bisher keine Notwendigkeit, hier ausreichend Haushaltsmittel einzuplanen, um dem Sanierungsstau der Schultoiletten Abhilfe zu schaffen. Stattdessen wurden großzügige Umbaumaßnahmen für das Rathaus inklusive einer Klimatisierung der Verwaltungsbüros vom Bürgermeister im Haushalt berücksichtigt.

Fakt

Das Thema „Sanierung von Schultoiletten“ steht immer wieder auf dem Plan der Verwaltung. Im Jahr 2020 und 2021 wurden kleinere „Schönheitsreparaturen“ durch die Verwaltung ausgeführt, wie z.B. der Austausch von Waschbecken und der Austausch von kaputten Toilettenbecken. In den Jahren 2020/ 2021 wurde durch die Gemeindevertretung allerdings festgelegt, dass die Sanierung von Toiletten erst nach der Ertüchtigung des Brandschutzes erfolgen soll. Bezüglich des Vorwurfes von großzügig geplanten Umbaumaßnahmen kann ich nur feststellen, dass der Personalaufwuchs dazu führt, dass weitere Büroräume geschaffen werden müssen.

Fehlende Kita- und Hortplätze

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Bereits seit Jahren wächst die Gemeinde überdurchschnittlich stark und ist besonders bei jungen Familien sehr beliebt. Daher steht die Gemeinde permanent der Herausforderung gegenüber, ausreichend Kita- und Hortplätze zu schaffen bzw. zu bauen. Auch wenn jüngst eine neue Kita in der Bahnhofstraße in Betrieb gegangen ist, welche noch durch den Altbürgermeister realisiert wurde, steht bereits fest, dass diese Kita schon in Kürze ausgelastet sein wird. Verkleinerungen der Spielflächen werden folgen, weil eine unzureichende Bedarfsplanung nur den Weg für eine Überlegung offen lässt. Dauerhafte Lösungen und Planungen werden vom Bürgermeister derzeit nicht thematisiert.

Auf ausdrücklichen Wunsch der Gemeindevertretung sollte das Thema „Kita- und Hortneubau“ auf einer Klausurtagung im 4. Quartal 2021 intensiv diskutiert werden. Der Bürgermeister wollte dies jedoch nur unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ ansprechen. Die Klausurtagung wurde vom Bürgermeister später komplett abgesagt.

Bereits im kommenden Jahr wird es wieder den ersten Fehlbedarf bei den Altersgruppen 0 – 3 Jahre geben, welcher darüber hinaus jährlich zunimmt. Ab 2025 dann auch bei den 3 – 6jährigen Kindern.

Im Hort ist die Lage noch dramatischer. Bereits in diesem Jahr werden ca. 50 Hortplätze fehlen, im kommenden Jahr bereits mehr als 100 Plätze. Der Hort wird seit Jahren mit einer Sondergenehmigung zur Überbelegung betrieben. Eine Ausweitung wird die zuständige Behörde voraussichtlich nicht stattgeben können. Planungen für einen neuen Hort? Bisher sind seitens des Bürgermeisters keine Aktivitäten zu erkennen.

Fakt

Die neue Kita in der Bahnhofstraße wurde nicht vom Altbürgermeister geplant oder realisiert. Im Gegenteil. Ich habe den Bau der neuen Kita nach meinem Amtsantritt priorisiert. Das beinhaltete den Abriss des Altbestandes auf dem Grundstück, die Beantragung von Fördermitteln in Höhe von 625.000 Euro sowie die komplette Planung und Realisierung des Vorhabens in der Bahnhofstraße.

Die zur Umsetzung des Bauvorhabens erforderlichen Ausschreibungen erfolgten durch die Verwaltung im Zeitraum März 2019 bis März 2020. Es ist (entgegen den Aussagen der Gemeindevertreter) somit belegbar, dass das Projekt innerhalb meiner Amtszeit geplant und umgesetzt wurde.

Wie bereits bei den Wahlaussagen zum Thema „Kita, Hort und Schulerweiterung“ beschrieben, sind auch die Behauptungen von „Ja zu Großbeeren“ zu den fehlenden Plätzen falsch. Die Ergebnisse der Bedarfsplanung für die Kita- und Hortplätze in Großbeeren zeigen eine deutlich weniger dramatische Lage. Näheres zu den Erweiterungsvorhaben der Gemeindeverwaltung finden Sie im oben erwähnten Themenfeld auf Seite 3.

An dieser Stelle möchte ich jedoch auch noch einmal erwähnen, dass wir aufgrund der durch die Gemeindevertreter geänderten Hauptsatzung nicht schnell genug neue Erzieherinnen und Erzieher einstellen können. Die geänderte Hauptsatzung führt dazu, dass bei jeder Einstellung das komplette Gremium der Gemeindevertretung zusammenkommen und in einer Sitzung der Einstellung zustimmen muss. Dies hat zur Folge, dass die neue Kita in der Bahnhofstraße, aufgrund dieses unverhältnismäßigen Zeitaufwandes durch das Gremium, nicht schnell genug Personal für den Aufwuchs bekommt. Es fehlt also zur Zeit vor allem das Personal. Interessierte Bewerberinnen und Bewerber springen regelmäßig ab, da der Entscheidungsprozess zu lange dauert.

Fehlende Kinder- und Jugendbeteiligung

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Bereits 2018 trat §18a der Brandenburgischen Kommunalverfassung in Kraft, welche die Mitwirkung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen regelt. Dabei soll die Gemeinde Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte zusichern. Um dies zu gewährleisten, änderte die Gemeindevertretung im Jahr 2020 die Hauptsatzung. Mehrfach wurde im Ausschuss für Bildung und Soziales auf die notwendige Umsetzung hingewiesen, selbst externe Fachleute wurden auf Anregung des Bildungsausschusses hinzugezogen und eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Bis heute liegt vom Bürgermeister kein entsprechendes Konzept vor, in welcher Form Kinder und Jugendliche unserer Gemeinde mitwirken können. Um es kurz zu sagen, der Bürgermeister hat bis heute ein inzwischen vier Jahre altes Gesetz nicht zur Umsetzung gebracht.

Fakt

Die Gemeindevertreter haben im Jahr 2020 die Hauptsatzung der Gemeinde Großbeeren geändert, um § 18 a der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg aufzunehmen. Wie die Umsetzung der Kinder- und Jugendbeteiligung aussehen sollte, müsste aber politisch im Ausschuss für Bildung- und Soziales ausdiskutiert werden. Zur Unterstützung dieser Arbeit hat die Verwaltung für eine externe Beratung, die durch das Ministerium (MBS) finanziert wird, gesorgt. In mehreren Sitzungen des Ausschusses wurde deutlich gemacht, dass die Gestaltung der Kinder- und Jugendbeteiligung Aufgabe der Gemeindevertretung sei. Dies wurde den Gemeindevertretern auch schriftlich mitgeteilt. Bisher erfolgte leider keine Reaktion. Um dennoch die Arbeit voranzubringen, wurde eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern der Verwaltung mit externer Unterstützung der Kinder- und Jugendbeteiligung des Landes Brandenburg und einer sachkundigen Einwohnerin gegründet. Das erste Treffen der Arbeitsgruppe hat am 11.12.2020 stattgefunden. Als Bürgermeister bin ich seit Bestehen ein aktiver Teil dieser Arbeitsgruppe. Die Gemeindevertreter sind dieser Arbeitsgruppe – trotz Einladung aller Fraktionen – leider ferngeblieben. Die Arbeit der Arbeitsgruppe wurde aufgrund der pandemischen Lage sehr eingeschränkt. Darüber hinaus muss nicht **für** die Kinder und Jugendlichen entschieden werden, wie es aus den Vorwürfen hervorgeht, sondern **mit** den Kindern und Jugendlichen. Die Empfehlung der Arbeitsgruppe war dementsprechend, eine ehrenamtliche Stelle für Kinder- und Jugendbeauftragte zu etablieren und auszuschreiben. Diese Ausschreibung wurde auch im Ausschuss für Bildung- und Soziales aufgrund von Vorschlägen der Verwaltung erarbeitet. Die Stelle ist derzeit ausgeschrieben. Weitere Veranstaltungen und auch weitere Schritte für die Gestaltung dieser Arbeit folgen.

Verkehrssicherheit

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere unserer Kinder wurden seitens des Bürgermeisters proaktiv keine Maßnahmen ergriffen, um die Verkehrssicherheit in unserer Gemeinde zu erhöhen. Weder notwendige Querungshilfen, Regelungen sowie Reduzierungen der zugelassenen Höchstgeschwindigkeit in kritischen bzw. unübersichtlichen Straßenbereichen wurden nicht aktiv vom Bürgermeister, trotz mehrfachen Forderungen aus dem politischen Bereich, angegangen.

Fakt

Sämtliche Eingriffe in den fließenden Verkehr sowie die Verkehrsregelung durch Verkehrszeichen jeder Art sind mit dem Straßenverkehrsamt des Landkreises als zuständiger Stelle abzusprechen. Hier wurden in den vergangenen Jahren alle bisherigen Wünsche oder Anregungen mit Beteiligung der Bürgerschaft nach und nach eingebracht und umgesetzt. In zahlreichen Wohngebieten der Gemeinde Großbeeren herrscht bereits eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h oder weniger. Zu diesen Schritten bedarf es verkehrsrechtlicher Anordnungen, welche grundsätzlich begründet und vor allem umsetzbar sein müssen.

Eine Besonderheit sind jedoch die Hauptverkehrswege innerhalb der Gemeinde, welche nicht der Gemeinde, sondern dem Landkreis Teltow-Fläming oder dem Land Brandenburg gehören. Hier muss die Gemeinde auf die Zustimmung der übergeordneten Instanzen hoffen, die zum Teil dem fließenden Verkehr mehr Vorrang geben, als der sicheren Überquerung von nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmern. Dieses Problem zeigt sich besonders beim Thema Querungshilfen entlang der Berliner Straße (siehe Thema „Querungshilfen“, Seite 31)

Förderung des Jugendclubs und junger Menschen

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Trotz Wahlversprechen des Bürgermeisters, die nachweisbar und im Wahlprogramm nachzulesen sind, liegt das Augenmerk des Bürgermeisters Tobias Borstel nicht auf unserer jungen Generation. Gute Rahmenbedingungen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Bis heute Fehlanzeige! Nach wie vor sind Räume nicht entsprechend ausgestattet worden. Seit Februar 2019 hatten Vertreterinnen und Vertreter der Gemeindevertretung die Instandsetzung der Fassade des Jugendclubs beantragt. Immer wieder wurde durch den Bürgermeister die Neugestaltung der Fassade abgelehnt, oft mit falschen Angaben von Gründen. Eine Begründung war, dass andere Investitionen wichtiger seien, als die Fassade des Jugendclubs. Erst nach monatelangem Drängen durch Gemeindevertreter konnte letztendlich Ende November 2019 die Sanierung der Fassade des Jugendclubs umgesetzt werden. Der Jugendclub unserer Gemeinde wird seit Jahren stiefmütterlich durch den Bürgermeister behandelt und ist kein Vergleich zu Jugendclubs der Nachbargemeinden. Neben einer Vernachlässigung zur Ausstattung des Jugendclubs ist auch nicht nachvollziehbar, warum im ersten Lockdown die Sozialarbeiterin, die hätte als Ansprechpartnerin für die Jugendlichen da sein müssen, als Bürokrant im Vorzimmer des Bürgermeisters eingesetzt wurde. Hinreichend bekannt ist, welche schweren Folgen Kinder und Jugendliche durch Corona davongetragen haben.

Fakt

Eine ausführliche Antwort zu diesem Thema finden sie unter dem Punkt „Jugendclub“ bei den Wahlaussagen auf Seite 6.

Pflege der Grünflächen

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Alle Jahre wieder beschäftigen sich Bürgerinnen und Bürger und Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter unserer Gemeinde mit der Frage, wie ein nachhaltiges und zugleich gepflegtes Ortsbild durch eine entsprechende Grünlandpflege erreicht werden kann.

Trotz wiederholter Beratungen in Ausschüssen und Hinweisen von Fraktionen, Bürgerinnen und Bürger sowie Fachleuten und Expertinnen und Experten wurde dieses Thema vom Bürgermeister halbherzig behandelt. Fachbezogene Zuarbeiten und Vorschläge von politischen Vertretern wurden ignoriert. Bürgerbeteiligungen und Ratschläge zur Thematik wurden vom Bürgermeister missachtet. Notwendige Ausschreibungen wurden zeitlich verschleppt. Ergebnis: Ignoranz des Bürgerwillens und Missachtung von Expertentipps.

Fakt

Hier ist klar zu unterscheiden, dass Grünlandpflege und die Pflege von Straßenbegleitgrün zwei unterschiedliche Paar Schuhe sind. Das Straßenbegleitgrün, die Straßenreinigung als auch der Winterdienst sind durch die Gemeinde als Pflicht zu leisten. Die davon unabhängig zu erbringende Grünlandpflege wird unter anderem durch unsere Mitarbeiter im Kommunalservice (Bauhof) erbracht. Aufgrund des Aufwuchses an Grünflächen als auch der Bereitstellung der kommunalen Daseinsvorsorge, hat die Verwaltung bereits 2019 damit begonnen über den Aufbau eines professionellen Bauhofes mit den Gemeindevertretern ins Gespräch zu kommen. Eine erste Präsentation mit entsprechenden Rahmenbedingungen wurde den Gemeindevertretern bereits umfangreich vorgestellt. Zusätzlich wurde bereits die Fahrzeugflotte für die Professionalisierung im Bereich Grünpflege erneuert und erweitert. Im Stellenplan 2022 ist ein zusätzlicher Auswuchs für zwei weitere Mitarbeiter für die Grünpflege durch die Verwaltung eingebracht worden, welche durch die Gemeindevertretung mit dem Haushalt 2022 bestätigt werden muss. Auf Grundlage der personellen Erweiterung und der Rekommunalisierung von zahlreichen Aufgaben soll die Qualität der Grünpflege gesteigert werden. Die Ausschreibung eines umfassenden Grünpflegekonzeptes muss von den Gemeindevertretern durch Haushaltsmittel unterfüttert werden, was bisher nicht erfolgte. Die Verwaltungsleitung verspricht sich mit dem Aufbau eines kommunalen Bauhofes zahlreiche qualitativ gesteigerte Leistungen in der Grünpflege, bei der Straßenreinigung, beim Winterdienst und zusätzlichen baulichen Projekten wie z.B. Schlaglochbeseitigung, Spielplatzbau, bauliche Leistungen an kommunalen Gebäuden.

Zum aktuellen Zeitpunkt ist der Pflegevertrag mit dem externen Dienstleister per festgesetzter Laufzeit abgelaufen. Dies wurde ausgeschrieben und im März 2022 neu vergeben und beauftragt. Hierzu sind im Vorfeld eine Ausschreibung und der Zuschlag an eine Firma zur Erstellung einer Leistungsbeschreibung der pflichtigen Angelegenheit erfolgt. Die Leistungsbeschreibung beinhaltet Straßenreinigung, Winterdienst und Grünlandpflege. Es wurden zur Ausgestaltung alle Ortsbeiräte, diverse Fachausschüsse und die Gemeindevertretung in verschiedenen Gesprächen und Diskussionen mit einbezogen sowie auch umfangreiche Wünsche aller Beteiligten an den externen Ersteller des Leistungsverzeichnisses herangetragen und eingepflegt. Es handelt sich hier im Allgemeinen um eine durch die Gemeinde zu leistende pflichtige Aufgabe Straßenreinigung/ Winterdienst. Demnach ist hier die Verwaltung an Fristen zur Umsetzung gebunden, wobei auch anhand des finanziellen Volumens eine europaweite Ausschreibung der Leistung zu erfolgen hat. Einzelne gewünschte Komponenten konnten nicht im Leistungsverzeichnis dargestellt werden, da sie entweder nicht in Zahlen abzubilden waren oder in dieses Leistungsverzeichnis keine Umsetzung erzeugen können. Hierzu plant die Gemeindeverwaltung zukünftig eine Darstellung beispielweise gewünschter ökologischer Grundgedanken im Rahmen eines Grünflächenentwicklungskonzeptes, welches gemeindeeigene Grünflächen, Entwicklungsflächen, Ausgleichsflächen und geschützte Grünflächen beinhaltet. Dazu bedarf es einer Expertise eines fachkundigen Gutachters, welcher im Zeitrahmen eines Kalenderjahres anhand beobachtender und prüfender Tätigkeit ein entsprechendes Sachgutachten erstellt. Das bildet die Grundlage einer zukünftigen Entwicklung jener Flächen auf Basis der Wünsche der Bürgerschaft und deren Vertreter.

Querungshilfen

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Seit Jahren kommt es entlang der Berliner Straße immer wieder zu brenzligen Verkehrssituationen. Das Überqueren ist an verschiedenen Stellen immer wieder schwierig und gerade für (Schul-)Kinder und ältere Mitmenschen eine Herausforderung. Alle politischen Vertreter/innen kämpfen seit Jahren um eine Verbesserung der Situation. Im Jahr 2017/2018 wurde noch unter dem Altbürgermeister Carl Ahlgrimm eine Untersuchung in Auftrag gegeben, welche die Notwendigkeit zur Schaffung zweier zusätzlicher Querungshilfen für Fußgänger ergeben hatte. Obwohl der Bürgermeister Tobias Borstel in seinem Wahlflyer ausweist, sich für mehr Querungshilfen einsetzen zu wollen, hat er bis heute nichts erreicht. Selbst einen Termin mit dem Fernsehsender rbb, welcher mit dem bekannten blauen Robur-Bus nach Großbeeren kam, um das Thema gegenüber dem Landkreis zu kommunizieren, ließ der Bürgermeister mit den Worten „kein Bedarf einer Klärung“ und „keinerlei Nutzen bringen würde“ platzen. Es wurden, laut Aussage des Bürgermeisters, der Verwaltung zum Ende des Jahres 2020 mehrere Vermessungsunterlagen vom Landkreis zur Verfügung gestellt, die für eine zukünftige Betrachtung der Berliner Straße unabdingbar sind. Diese Unterlagen liegen seitdem zur Prüfung im Rathaus.

Fakt

Die Berliner Straße ist nicht im Eigentum der Gemeinde Großbeeren, sie gehört dem Landkreis Teltow-Fläming. Da hier der Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich ist für den Eingriff in den fließenden Verkehr, sowie die Verkehrsregelung durch Verkehrszeichen jeder Art, bedarf es intensiver Absprachen zwischen Gemeinde und Landkreis. Hier wurden in den vergangenen Jahren seitens der Verwaltung zahlreiche Anregungen und Wünsche vorgetragen, die zwar nicht alle durch den Landkreis zur Umsetzung gebracht wurden, aber weiterhin zur Diskussion stehen. Hier muss die Gemeinde auf die Zustimmung der übergeordneten Instanzen hoffen, die zum Teil dem fließenden Verkehr noch mehr Vorrang geben, als der sicheren Überquerung von nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmern. Dieses Problem zeigt sich besonders beim Thema Querungshilfen entlang der Berliner Straße.

Derzeit haben wir als Gemeinde folgende Standorte für eine Neueinrichtung, Versetzung oder Verbesserung der Sichtbarkeit von Querungshilfen beim Straßenverkehrsamt im Landkreis im Gespräch:

- Berliner Straße/Ecke Feldstraße - Neu
- Berliner Straße/Ecke Teltower Straße - Versetzung
- Dorfaue am Turm - Verbesserung der Sichtbarkeit
- Berliner Straße/ Ecke Lindenstraße auf Höhe des Eiscafé - Neu
- Dorfaue auf Höhe Rathaus - Neu

Der Kostenpunkt liegt derzeit bei ca. 30.000 Euro für die Umsetzung aller Maßnahmen, die der Gemeindevertretung bereits mitgeteilt wurden. Natürlich wäre es eine sichtbare Verbesserung, wenn wirklich alle aufgezeigten Querungsmöglichkeiten, die seitens der Verwaltung angedacht sind, realisiert werden könnten. Mit den zahlreichen Querungen würde zudem eine Verkehrsberuhigung entlang der Berliner Straße automatisch einhergehen. Dennoch sind und bleiben wir als Gemeinde abhängig von der Zustimmung des Landkreises Teltow-Fläming, der derzeit noch die Haltung vertritt, dass der fließende Verkehr Vorrang hat. Diese Haltung versucht die Gemeindeverwaltung mit Vehemenz und Sachlichkeit entgegenzuwirken und erhofft sich weiterhin im zähen Ringen um die Querungshilfen einlenken auf der übergeordneten Ebene.

Weiterhin bin ich auch davon überzeugt, dass nur mit Sachlichkeit und dem nötigen Fingerspitzengefühl die Bedarfe der Gemeinde gegenüber dem Landkreis klar aufgezeigt werden können. Ein öffentlich erwirkter Eklat durch mediale Präsenz hat schon oft Partner verschreckt, die wir bei der Zustimmung um die eigenen Projekte weiterhin brauchen. So bin ich an einer dauerhaften Lösung interessiert, die ohne Schuldzuweisungen in der Öffentlichkeit erreicht werden kann. Dies war auch der Grund, warum ich es als verfrüht betrachtet habe, den RBB Robur-Bus, der ohne Absprache von einer Gemeindevertreterin hinzugerufen wurde, bezüglich der Problematik einzubinden.

Personalentwicklungskonzept

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Auf Wunsch des Bürgermeisters wurde im Juni 2020 der Beschluss gefasst, ein durch einen externen Auftragnehmer erarbeitetes Personalentwicklungskonzept zur Grundlage einer Modernisierung der Verwaltung heranzuziehen. Dies erfolgte auf Antrag des Bürgermeisters selbst. Die Kosten betragen ca. 40.000,-€. Das Personalentwicklungskonzept ist vermutlich seit Juni 2021 fertiggestellt, allerdings hat der Bürgermeister bis heute, das Ergebnis der Gemeindevertretung, welches das Konzept beschlossen hat, nicht vorgestellt. Dies hinterlässt bei den Gemeindevertretern den Eindruck und die Vermutung, dass das vorliegende Ergebnis dem Bürgermeister nicht gefällt.

Fakt

Das Personalentwicklungskonzept wurde für die Verwaltung beauftragt und sollte den Ist-Zustand überprüfen. Dies ist geschehen und umgesetzt worden. Das Personalentwicklungskonzept wurde der Gemeindevertretung schriftlich 2021 zugereicht und bereits vorgestellt. Zudem fließen die Ergebnisse des Personalentwicklungskonzeptes bereits in die laufende Arbeit der Verwaltung ein und haben bereits seit Abschluss Einzug in den Stellenplan 2021 sowie in den Stellenplan 2022 gehalten. Hier liegt es an der Gemeindevertretung, die gewonnenen Erkenntnisse durch eine professionell und extern durchgeführte Firma mitzutragen und den Bedarfen der Verwaltung zu folgen. Dies beinhaltet unter anderem den weiteren Aufwuchs von Personalstellen an Schnittstellen, die weiterführende Digitalisierung der Verwaltung als auch die Entschlackung von zeitraubenden Prozessen, wie die Bestätigung von Einstellungen durch die Gemeindevertretung. Besonders die Mitbestimmung der Gemeindevertretung durch die Herabsetzung der Entscheidungsgrenze in der Hauptsatzung führt dazu, dass Personal viel später eingestellt werden kann. Besonders eklatant zeigt sich das Problem bei der Einstellung von Ingenieuren oder bei Erziehern unserer Kindertageseinrichtungen. Hier bedarf es einer Änderung der Hauptsatzung, so dass der Bürgermeister die Entscheidungen zur Einstellung des Personals wieder zurückerlangt. Derzeit entscheidet die Gemeindevertretung bei allen Gehaltsgruppen ab E8 und S8 TVöD.

Der Beschluss zum Personalentwicklungskonzept ist somit vollumfänglich umgesetzt, jedoch hat Gemeindevertretung nach Beendigung und Zuarbeit des Konzeptes bis heute keinerlei inhaltliche Fragen schriftlich an die Verwaltung diesbezüglich gerichtet oder ist auf die Anforderungen durch die Ergebnisse aus dem Konzept eingegangen. Unter anderem weist das Personalentwicklungskonzept auf, dass im Bereich Schulangelegenheiten als auch beim Thema Rechtsangelegenheiten Schnittstellen geschaffen werden und Stellen geschaffen werden müssen. Auch ergab das Personalentwicklungskonzept, dass die Verwaltung gut strukturiert, organisiert und motiviert ist, jedoch ein weiterer Aufwuchs in Schlüsselpositionen unabdingbar ist.

Schulküche

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Im Jahr 2019 gab es einen Antrag zur Erneuerung der Lehrküche in der Grund- und Oberschule Großbeeren. Die bisherige Lehrküche, die vor vielen Jahren durch den Förderverein der Schule errichtet wurde, war sehr in die Jahre gekommen und konnte nicht mehr vollumfänglich genutzt werden. Der Förderverein der Schule stellte 20.000,-€ als Förderung in Aussicht, wenn die Gemeinde den restlichen Anteil sowie die notwendigen Umbaumaßnahmen übernimmt. Die Haushaltsmittel waren eingeplant, aber die Umbaumaßnahmen wurden durch den Bürgermeister immer wieder unter Angaben von nicht nachvollziehbaren Gründen verzögert. Erst durch einen privaten Sponsor konnte das Projekt Schulküche im Jahr 2021 abgeschlossen werden. Abgeschlossen? Nicht ganz, denn die Schulküche kann derzeit nur eingeschränkt genutzt werden, da die Gemeinde die Ertüchtigung der elektrischen Leitungen, immer noch nicht umgesetzt hat.

Fakt

Die Lehrküche der Otfried-Preußler-Schule ist ein wichtiges Angebot im Rahmen des Wirtschaft-Arbeit-Technik-Unterrichts. Im Jahr 2020 wurden durch den Landkreis Teltow-Fläming vielerlei hygienische Mängel festgestellt. Diese Mängel wurden auch im Jahr 2020 durch die Verwaltung der Gemeinde beseitigt, um die Lehrküche weiterhin für die Benutzung im Unterricht zu ermöglichen. Es war aber immer klar, dass die Lehrküche komplett saniert und umgebaut werden muss. Die Mittel für die Sanierung wurden im Jahr 2020 in der Haushaltsplanung durch die Verwaltung aufgenommen, aber die Gemeindevertretung hat diese Position mit der Begründung gestrichen, dass für die Schule wichtige andere Aufgaben wie z.B. Brandschutz Priorität haben.

Dank eines engagierten Bürgers der Gemeinde Großbeeren wurde die Lehrküche mit der Hilfe des Fördervereins und der Verwaltung im Jahr 2021 komplett saniert. Das gemeindliche Bauamt hat in nur zwei Wochen den kompletten Ab- und Einbau durchgeführt. Zusätzlich wurden die Wände gestrichen und es wurde der Bodenbelag erneuert. Die Erneuerung und Aufwertung der elektrischen Anlagen innerhalb der älteren Bestandsgebäude der Schule werden bereits durch das Bauamt in Absprache mit der Schulleitung vorbereitet.

Kündigung des Schuldnerberaters

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

2019 kündigte Bürgermeister Borstel der Schuldnerberatung die Räumlichkeiten in Großbeeren, ohne das in den politischen Gremien vorher zu diskutieren und abzustimmen. Dass Menschen, welche in finanzielle Schieflage geraten sind, nun nicht mehr vor Ort Hilfe und Beratung in Anspruch nehmen sollten, war BM Borstel an dieser Stelle gleichgültig. Die von ihm als alternativ angebotenen Räumlichkeiten, waren für den Betrieb einer Schuldnerberatung völlig ungeeignet. Die Gemeindevertreter wehrten sich daraufhin heftig, so dass hilfeschuchende Bürger und Bürgerinnen weiterhin vor Ort eine Anlaufstelle haben.

Fakt

Die Verwaltungsräume sind aufgrund des Personalaufwuchses der vergangenen Jahre nicht mehr ausreichend. Als Bürgermeister obliegt mir die Organisation des Personals und auch die Zuständigkeit für entsprechende Räumlichkeiten zu sorgen. Die Schuldnerberatung nutzt seit vielen Jahren kostenfrei ein komplettes Zwei-Personen-Büro der Gemeindeverwaltung. Auch sämtliche Betriebskosten und Aufwendungen der Schuldnerberatung wurden seit deren Bestehen durch die Gemeinde getragen. Der Schuldnerberatung wurde vorsorglich gekündigt, da keinerlei Vertrag außer einer Zusage des Altbürgermeisters bestand. Mehrere Vorschläge die Schuldnerberatung an anderen Standorten der Gemeinde weiterzuführen, wurden seitens der Verwaltung angeboten. Keine der Alternativen wurde seitens der Schuldnerberatung angenommen. Die Schuldnerberatung ist keine Pflichtaufgabe der Gemeinde, sondern ein durch einen wirtschaftenden Verein betriebenes Unternehmen unter Familienunion. Bis heute zahlt die Schuldnerberatung keine Miete für die Nutzung der Räume. Die Gemeindevertretung hat weder die Argumente der Verwaltung zur Kündigung, noch die Notwendigkeit der Räume für Verwaltungsmitarbeiter, akzeptiert und per Beschluss gefordert, dass die Kündigung zurückgenommen wird. Bis heute bin ich davon überzeugt, dass dieses Konstrukt rechtlich bedenklich ist und Geld der Gemeinde kostet. An einem Standortwechsel der privat betriebenen Schuldnerberatung halte ich auch weiterhin fest.

Vereine

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Unsere Vereine sind ein essentieller Bestandteil des Gemeinwesens und damit des zivilgesellschaftlichen Engagements. Sie sind das Fundament für ein gutes Miteinander in unserer Gemeinde. Wahlversprechen, diese zum Wohle der Gemeinde zu fördern, kam der Bürgermeister nur selektiv nach. Beispielsweise verzögerte sich, trotz mehrfacher Nachfragen von Bürgerinnen und Bürgern bzw. Vereinsmitgliedern die Beauftragung des Sportentwicklungskonzepts um 18 Monate, also 1,5 Jahre! Dadurch waren wichtige Erkenntnisse, um eine zielgerichtete Förderung unserer Vereine zu verfolgen und als Grundlage für Entscheidungen der Gemeindevertretung zu nutzen, nicht vorhanden bzw. erschwert worden. Die Weiterentwicklung von Vereinen wurde durch Zeitverzug verhindert, es fehlten Voraussetzungen zur Zahlung von Landesfördergeldern. Auch wurden in der Vergangenheit notwendige Zahlungen zur Sicherstellung eines kommunale Eigenanteils durch die Gemeinde verschleppt. Dadurch wurden kurzfristige Fördermöglichkeiten für die Vereine durch den Landessportbund gefährdet.

Weiterhin wurde die Platzpflege und Instandsetzung einzelner Sportflächen vernachlässigt, obwohl diese Eigentum der Gemeinde sind. Deshalb haben Vereine teilweise mit eigenen Finanzmitteln und ehrenamtlichem Aufwand notwendige Pflegearbeiten und Ausbesserungen sichergestellt. Darüber hinaus werden essentielle Gespräche und Termine mit den Stadtgütern unter Angabe von nicht nachvollziehbaren Begründungen verzögert oder abgesagt. Ergebnis: Vereine erleben die Verwaltung als unzuverlässig

Fakt

Mit dieser Behauptung zielt „Ja zu Großbeeren“ ausschließlich auf eine verallgemeinerte Aussage zu Sportvereinen. Grundsätzlich gilt auch hier: Die Förderung von Vereinen zählt zu den freiwilligen Leistungen, die politisch gewollt sein und im Haushalt abgebildet werden müssen. Die Gemeindevertretung hat die Möglichkeit, das Geld für die pflichtigen Leistungen wie z.B. Kita, Schule, Hort oder Sicherheit zu streichen und Geld für die freiwilligen Leistungen wie Sport und Vereine, Bibliothek oder Jugendclubs zu erhöhen. Da jedoch die Pflicht immer Vorzug hat, wird an den freiwilligen Leistungen zuerst gespart, obwohl das manchmal unangenehm ist.

Dennoch war die Erstellung eines gemeindeeigenen Sportentwicklungskonzeptes, welches durch ein professionelles Institut erfolgte, ein richtiger Schritt. Dabei wurden die aktuellen Angebote ermittelt, die Standorte begutachtet und per Umfrage eine Bedarfsermittlung erstellt. Um eine umfangreiche Aufstellung mit professioneller Begleitung durch verschiedene Workshops zu gewährleisten und die Hauptakteure (Sportvereine, Schule, Kitas und Hort, Gemeindevertretung, Verwaltung) daran zu beteiligen, wurde während der Pandemie Rücksicht auf das Infektionsgeschehen genommen. Die Erkenntnisse des Sportentwicklungskonzeptes, welches im März 2022 beschlossen wurde, sind öffentlich nachzulesen. Darin wird bestätigt, dass zahlreiche Vereine sich aufgrund der guten Ausstattung im Gemeindegebiet weiterentwickeln können und weiterhin optimale Verhältnisse vorfinden. Dennoch ist die Gemeindeverwaltung bemüht, die gestiegenen Ansprüche der Vereine in die zukünftigen Entwicklungen einzubeziehen. Als zukunftssträchtiges Projekt wird die Entwicklung zwischen der Ruhlsdorfer Straße und der Wasserskiseilbahnanlage betrachtet. Hier wurde im Juni 2021 ein Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für die weitere Entwicklung gefasst. Der Bebauungsplan soll nun erstellt werden und Flächen für einen neuen Hort, einen neuen Schulbau, eine Festwiese, einen Einzelhandel aber eben auch den nötigen Platz für eine Sporthalle mit Sportanlagen bieten. Die Sportanlagen sollen, neben dem Schulsport, zukünftig auch den hiesigen Sportvereinen zugutekommen. Fördermittel für dieses Projekt können erst akquiriert werden, wenn die formalen Bedingungen für das Baurecht geschaffen wurden, ansonsten gibt kein Fördermittelgeber eine Zusicherung über Fördermittel für Investitionsmaßnahmen in Millionenhöhe. Die Aussagen einiger Gemeindevertreter, dass Fördermöglichkeiten dadurch verschleppt werden, ist somit nicht richtig. Vielmehr wurden der Gemeindevertretung alle Umstände mehrfach mitgeteilt und erläutert. Der Umstand, dass das zu entwickelnde Gelände sich nach §35 des Baugesetzbuches im sogenannten Außenbereich befindet und noch nicht der Gemeinde Großbeeren gehört, sondern den Berliner Stadtgütern, kommt erschwerend hinzu. Besonderheit ist, dass die Berliner Stadtgüter an die Regeln des Berliner Senates gebunden sind und größere Flächen überhaupt nicht veräußern, sondern nur tauschen oder verpachten dürfen.

Diese Hürden sind der Gemeindevertretung ebenfalls bekannt und wurden in zahlreichen Sitzungen erläutert. Die angesprochenen Fördermittelzusagen, welche nach Aussagen der Gemeindevertretung gefährdet sind, können somit nicht der Richtigkeit entsprechen, da die formalen Gegebenheiten einfach nicht bestehen.

In den vergangenen drei Jahren wurden einige Projekte von Sportvereinen gut vorangebracht. Zu erwähnen ist unter anderem die im Jahre 2021 erfolgte Erweiterung zweier Tennisplätze des Tennisclub Rot-Weiß. Hier gab es Fördermittel vom Land und einen Zuschuss der Gemeinde Großbeeren. Auch erhielt der Sportverein Grün-Weiß Großbeeren für eine neue Flutlichtanlage und Trainerbänke Förderung durch die Gemeinde Großbeeren. Nicht zu vergessen die Unterstützung der Gemeinde Großbeeren für die Cheerleader. Grundsätzlich wird jeder Verein der Gemeinde mit einem finanziellen Zuschuss versehen, sofern dieser bei der Gemeinde beantragt wird. Zahlreiche andere Projekte wurden unterstützt, so dass das Vereinsleben die Rückendeckung erhält, die es verdient hat. Zu guter Letzt sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Sportanlagen am Eichenhügel der Gemeinde Großbeeren gehören und diese durch eine Personalkraft dauerhaft gepflegt werden. Zusätzlich wird der Multifunktionskunstrasenplatz regelmäßig durch eine Spezialfirma gewartet, so dass das Gemeindeeigentum geschützt und gepflegt bleibt.

Feuerwehr

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr und die dafür notwendigen Maßnahmen zu deren Erhalt waren seitens des Bürgermeisters nicht erkennbar. Zahlreiche Nachfragen um die Ausrüstung, u.a. Einsatzkleidung, schnell zu beschaffen wurden teilweise vom Bürgermeister nicht zeitgerecht sowie vollumfänglich umgesetzt. Notwendige Instandsetzungen der Einsatzfahrzeuge wurden nicht veranlasst. Die Gewinnung von Ehrenamtlichen für die Feuerwehr wurde nicht zur Chefsache erklärt, obwohl mehrfach seitens der politischen Vertreter ein Aufbau der Personalstruktur gefordert wurde. Als Träger des Brandschutzes (Funktion des Bürgermeisters) wurden keine Anreize geschaffen, um die Attraktivität des Dienstes zu forcieren. Exemplarisch zeigt sich dies beim Neubau Feuerwehrgerätehaus in Heinersdorf. Der notwendige Neubau ist bis heute nicht umgesetzt, obwohl die Grundlagen unter dem Vorgänger gelegt wurden. Auch das Wahlversprechen an die Kameraden der Feuerwehr ein neues Feuerwehrgerätehaus in Großbeeren zu schaffen, ist bis dato ein leeres Versprechen geblieben.

Fakt

Auch diese Behauptungen sind falsch. Zu diesem Thema finden sie eine ausführliche Darstellung bei den Wahlausagen unter dem Punkt „Ausrüstung der Feuerwehr“ auf Seite 7.

Nicht umgesetzte Beschlüsse der Gemeindevertretung

Behauptung von „Ja zu Großbeeren“

Fraktionen oder Mitglieder der Gemeindevertretung sind für die Einbringung von Anträgen zuständig. Diese gehen auf Wünsche, Bedürfnisse und Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Großbeeren zurück. In der monatlichen Gemeindevertretungssitzung sowie in den Ausschüssen werden die Anträge und daraus resultierende Beschlussvorlagen beraten.

Die Verwaltung ist für die Umsetzung der Beschlüsse zuständig, der Bürgermeister als Hauptverwaltungsbeamte trägt die Verantwortung. Bei vielen dieser Vorschläge, Anträge und Beschlüsse kam ein durchgängiges Problem des Bürgermeisters zum Vorschein: undurchsichtiges Verwaltungshandeln.

Ein großer Teil der Anträge bzw. Beschlüsse ist entweder in der Verwaltung liegen geblieben oder nicht ordentlich in die Fachausschüsse eingebracht bzw. mit großem Zeitverzug umgesetzt worden.

Fakt

Diese Aussage ist nicht nachvollziehbar. Insgesamt wurden seit Beginn der neuen Wahlperiode der Gemeindevertretung über 380 Beschlüsse gefasst. Der allergrößte Teil davon ist durch die Verwaltung eingereicht worden. Der geringste Teil kommt aus den Fraktionen selbst. Zahlreiche Beschlüsse der Fraktionen sind jedoch oftmals formal oder finanziell nicht umsetzbar. Darüber hinaus sind eine Vielzahl der Beschlüsse unkonkret, so dass Zielformulierungen oder Begründungen, wie der Beschluss umzusetzen ist, schlichtweg fehlen oder fehlerhaft sind. Dies liegt oftmals auch daran, dass die Fraktionen die Einschätzungen der Verwaltung nicht akzeptieren oder die Anmerkungen nicht berücksichtigen. Und aufgrund der Missachtung von Einschätzungen der Verwaltung mussten bereits mehrere Beschlüsse als rechtswidrig beanstandet werden. Auch halten sich zahlreiche Fraktionen nicht an Absprachen oder geben auf Nachfragen zur Umsetzung von Beschlüssen keinerlei Rückmeldung. So bleiben einige politische Beschlüsse schlichtweg „Schaufensterpolitik“ und gehen am Wählerwillen vorbei.

Bezüglich der angeblich liegengebliebenen Beschlüsse verweise ich auf meine Stellungnahmen auf den folgenden Seiten.

Faktencheck

zur Liste offener Beschlüsse

Beschluss „Erstellung eines Grünlandkonzepts“ - August 2019

Hier ist klar zu unterscheiden, dass Grünlandpflege und die Pflege von Straßenbegleitgrün zwei unterschiedliche Paar Schuhe sind. Das Straßenbegleitgrün, die Straßenreinigung als auch der Winterdienst sind durch die Gemeinde als Pflicht zu leisten. Dies wurde ausgeschrieben und im März 2022 neu vergeben und beauftragt. Die davon unabhängig zu erbringende Grünlandpflege wird unter anderem durch unsere Mitarbeiter im Kommunalservice (Bauhof) erbracht. Aufgrund des Flächenaufwuchses der Grünflächen als auch der Bereitstellung der kommunalen Daseinsvorsorge, hat die Verwaltung bereits 2019 damit begonnen, über den Aufbau eines professionellen Bauhofes mit der Politik ins Gespräch zu kommen. Mit dem langjährigen Ausfall des Leiters für Sicherheit und Ordnung konnte erst 2021 das Projekt gezielt weiterentwickelt werden. Eine erste Präsentation mit entsprechenden Rahmenbedingungen wurde der Politik vorgestellt. Zusätzlich wurde bereits die Fahrzeugflotte für die Professionalisierung im Bereich Grünpflege erneuert und erweitert. Im Stellenplan 2022 ist ein zusätzlicher Auswuchs für zwei weitere Mitarbeiter für die Grünpflege durch die Verwaltung eingebracht worden, welche durch die Politik mit dem Haushalt 2022 bestätigt werden muss. Auf Grundlage der personellen Erweiterung und der Rekommunalisierung von zahlreichen Aufgaben soll die Qualität der Grünflächenpflege gesteigert werden. Die Ausschreibung eines umfassenden Grünpflegekonzeptes muss politisch durch Haushaltsmittel unterfüttert werden, was bisher nicht erfolgte. Näheres zu diesem Thema finden Sie unter dem Thema „Pflege der Grünflächen“ auf Seite 30.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: nicht umgesetzt

Beschluss „Einführung eines Bürgerhaushalts“ - November 2019

Die Einführung eines Bürgerhaushaltes war politisch ab dem Jahr 2021 vorgesehen. Der Beschluss wurde durch die Verwaltung umgesetzt und realisiert. Aufgrund des späten Haushaltes im September 2021 war der Bürgerhaushalt gefährdet, da die Haushaltsmittel zu verfallen drohten. An einem Bürgerhaushalt 2022 wird bereits gearbeitet. Als Bürgermeister habe ich unter anderem das Budget für den Bürgerhaushalt 2022 im Haushalt 2022 von 10.000 Euro auf 25.000 Euro hochsetzen lassen. Hier soll gerade für die Bürgerinnen und Bürger ein größerer finanzieller Spielraum gestattet werden. Auch soll die Bevölkerung in einen Workshop eingebunden werden, so dass über Projekte vorab diskutiert werden kann. Nun ist abzuwarten, ob die Gemeindevertretung der Erhöhung im Haushalt 2022 so, wie vom Bürgermeister vorgeschlagen, zustimmen oder diesen ablehnen wird.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: in Umsetzung

Beschluss „Terminplanung“ - November 2019

In jeder Sitzung der Gremien und Gemeindevertretung wird über die Punkte, die aktuell umgesetzt wurden oder in der Umsetzung sind, berichtet. In jeder Sitzung werden die Informationen der Verwaltung zu aktuellen Sachständen vom Bürgermeister vorgetragen und zu Protokoll gegeben. Dieser Beschluss wird seit her umgesetzt, obwohl hier ein unkonkret formulierter politischer Beschluss gefasst wurde. Dennoch wird seitens der Politik behauptet, dass hier eine Umsetzung nicht erfolgt. Dies ist schlichtweg falsch, denn die Verwaltung entscheidet über die Art und Weise wie die Umsetzungen als Informationen dargestellt werden.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: nicht umgesetzt

Beschluss zur Beschluss zur „Erstellung eines Sportentwicklungskonzeptes“ - November 2019

Die Erstellung eines Sportentwicklungskonzeptes erfolgte durch ein professionelles Institut, welches Angebote ermittelt, die Standorte begutachtet und per Umfrage eine Bedarfsermittlung erstellt hat. Um eine umfangreiche Aufstellung mit professioneller Begleitung durch verschiedene Workshops zu gewährleisten und die Hauptakteure (Sportvereine, Schule, Kitas und Hort, Politik, Verwaltung) daran intensiv zu beteiligen, wurde während der Pandemie Rücksicht auf das Infektionsgeschehen genommen. Das Sportentwicklungskonzept ist im März 2022 beschlossen worden.

Der Beschluss ist umgesetzt.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: zu spät umgesetzt

Beschluss zur „Auflistung der beauftragten externen Berater“ - Februar 2020

Die Liste zur Auflistung der beauftragten externen Berater wird regelmäßig bei Veränderungen oder Neubeauftragungen durch die Verwaltung vorgelegt. Nicht zu jeder Sitzung verändert sich die Liste zum Vormonat. Die Liste wird ausschließlich bei Veränderungen vorgelegt, so sparen wir Papier und Aufwand zu jeder Sitzung. Die Aussage ist somit unwahr. Der Beschluss wird umgesetzt.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: nicht umgesetzt

Beschluss zur „Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes“ - Juni 2020

Das Personalentwicklungskonzept wurde für die Verwaltung beauftragt und sollte den Ist-Zustand aufzeigen. Dies ist geschehen und umfangreich umgesetzt worden. Das Personalentwicklungskonzept wurde der Politik nach Beendigung schriftlich 2021 zugereicht und bereits vorgestellt. Zudem fließen die Ergebnisse des Personalentwicklungskonzeptes bereits in die laufende Arbeit der Verwaltung ein und haben bereits seit Abschluss Einzug in den Stellenplan 2021 sowie in den Stellenplan 2022 gehalten. Hier liegt es an der Politik, die errungenen Erkenntnisse durch eine professionell und extern durchgeführte Firma mitzutragen und den Bedarfen der Verwaltung zu folgen. Dies beinhaltet unter anderem den weiteren Aufwuchs von Personalstellen, die weiterführende Digitalisierung der Verwaltung als auch die Entschlackung von zeitraubenden Prozessen wie die Bestätigung von Einstellungen durch die Gemeindevertretung. Besonders die Mitbestimmung der Gemeindevertretung durch die Herabsetzung der Entscheidungsgrenze in der Hauptsatzung führt dazu, dass Personal viel später eingestellt werden kann. Besonders eklatant zeigt sich das Problem bei der Einstellung von Ingenieuren oder bei Erzieher*innen unserer Kindertageseinrichtungen. Hier bedarf es einer Änderung der Hauptsatzung, so dass der Bürgermeister die Entscheidungen zur Einstellung des Personals wieder zurückerlangt. Der Beschluss zum Personalentwicklungskonzept ist umgesetzt, jedoch hat die Politik nach Beendigung und Zuarbeit des Konzeptes bis heute keinerlei inhaltliche Fragen schriftlich an die Verwaltung diesbezüglich gerichtet oder ist auf die Anforderungen durch die Ergebnisse aus dem Konzept eingegangen.

Der Beschluss ist umgesetzt.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: in Umsetzung

Beschluss „Wassersäcke für die Bewässerung von Bäumen“ - Oktober 2020

Die Bereitstellung sowie die Befüllung von Bewässerungssäcken bedarf zusätzlicher technischer und personeller Unterstützung, ohne die der Beschluss nicht vollumfänglich umsetzbar ist. Dennoch hatte die Verwaltung bereits Bewässerungssäcke als Pilotprojekt im Einsatz, so dass bereits ein Probelauf erfolgte. Die Bewässerungssäcke haben sich bewährt und sollen, sofern der Haushalt 2022 beschlossen wurde, im größeren Rahmen beschafft werden und zum Einsatz kommen. Die Bewässerung durch Bewässerungssäcke ist jedoch nicht an allen Stellen in der Gemeinde möglich und benötigt Personal und Technik. Die Gemeindeverwaltung hat bereits zusätzliche Stellen im Stellenplan dargestellt und hofft auf die Bereitstellung durch die Politik mit den Haushaltsbeschluss 2022.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: nicht umgesetzt

Beschluss „Anschaffung einer Mikrofonanlage“ - Januar 2021

Der Wunsch der Politik für eine neue Mikrofonanlage im Wert von 40.000 Euro kam im Januar 2021. Der Haushalt für das Jahr 2021 wurde durch die Politik erst im September 2021 beschlossen. Es gab im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten nach dem Haushaltsbeschluss bereits Produktvorstellungen und die Ausschreibung ist gerade in Arbeit. Es handelt sich um keine Pflichtaufgabe, sondern ist ein politischer Wunsch der Gemeindevertretung. Der Beschluss befindet sich in der Umsetzung.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: nicht umgesetzt

Beschluss „Erläuterung von Namen bei Straßenschildern“ - März 2021

Der Beschluss, welcher auf Antrag durch die SPD-Fraktion erfolgte, befindet sich in der Umsetzung und soll noch im Frühjahr 2022 abgeschlossen werden.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: nicht umgesetzt

Beschluss „Prüfung von Hybrid-Sitzungen / Livestream“ - April 2021

Der Beschluss des Prüfauftrages wurde im Juli 2021 gefasst und umgesetzt. Danach wurde der Beschluss 1:1 noch einmal gefasst, obwohl das Prüfergebnis bereits im Juli 2021 vorlag. Das abermalig vorgestellte Ergebnis blieb durch die Politik erneut unbeachtet.

Ein Testbetrieb wurde mehrfach seitens der Verwaltung angeboten und durch die Gemeindevertreter abgelehnt. Ein Streaming-Kanal wurde durch die Verwaltung eingerichtet und die Technik für den Testbetrieb wurde sogar durch einen Gemeindevertreter zur Verfügung gestellt. Bis heute steht das Angebot der Verwaltung eine Live-Übertragung der öffentlichen Sitzungen bereitzustellen, welches seitdem unbeachtet bleibt. Rückfragen der Gemeindevertretung zu dem Vorhaben blieben ebenfalls aus.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: nicht umgesetzt

Beschluss zum „Sonderdruck Haushalt“ - April 2021

Eine Sonderveröffentlichung zur Erläuterung des Haushalts 2021 ist erfolgt. Sowohl digital als auch in kleiner Printauflage wurde der Sonderdruck veröffentlicht. Auf Grund des späten Beschlusses zur Haushaltssatzung im September 2021 wurde durch die Politik entschieden, diese Veröffentlichung ausschließlich digital zu veröffentlichen, da sich die Kosten für Druck und Verteilung aufgrund des fast beendeten Haushaltsjahres nicht mehr lohnten. Die Verwaltung entschied zusätzlich eine Kleinstauflage im eigenen Hause zu drucken und zu verteilen. Der Beschluss ist umgesetzt. Die Aussage ist somit falsch. Die Verzögerung für den Haushaltsbeschluss erfolgte durch die Politik, die den Haushalt bereits vor der Sommerpause 2021 vorgelegt bekam, aber erst Ende September 2021 verabschiedete.

Der Beschluss ist umgesetzt.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: nicht vollumfänglich umgesetzt

Beschluss „Ehrung ehrenamtlicher Bürger“ - Juni 2021

Die Ehrungsveranstaltung wurde für den 10.12.2021 geplant und vorbereitet. Alle zu Ehrenden und Einreicher von Vorschlägen waren bereits eingeladen. Da sich die Pandemielage zum Ende des Jahres jedoch erneut dramatisch zuspitzte, wurde die Veranstaltung kurzfristig auf unbestimmte Zeit verschoben und wird in diesem Jahr nachgeholt.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: nicht umgesetzt

Beschluss „Errichtung Spielplatz Birkenhain“ - Juni 2021

Der Beschluss, welcher auf Antrag durch die SPD-Fraktion erfolgte, befindet sich in der Umsetzung und soll noch im Frühjahr 2022 abgeschlossen werden.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: in Bearbeitung

Beschluss „Anschaffung von Geschwindigkeitsanzeigen“ - August 2021

Im Haushalt 2021 wie auch im zukünftigen Haushalt 2022 sind die finanziellen Mittel für eine Anschaffung der Geschwindigkeitsanzeigetafeln eingeplant. Es werden in Abständen jeweils paarweise Tafeln angeschafft und dann an den einzelnen gewünschten Punkten installiert. Zusätzliche Elemente sowie etwaig entstehende Kosten der Installation sind einkalkuliert.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: nicht umgesetzt

Beschluss „Gedenkstele Genshagener Heide“ -September 2021

Der politisch gefasste Beschluss ist unkonkret. Die Standortfrage ist nach mehreren Hinweisen der Verwaltung bei der Politik unbeantwortet hängengeblieben. Die finanziellen Auswirkungen sind seitens der Politik unkonkret geblieben. Die Art und Beschaffenheit der Stele ist seitens der Politik bisher nicht benannt worden. Die Verwaltung kann ohne die politischen Vorgaben den Wunsch nach einer Stele nicht umsetzen. Die Verwaltung hat eine Anfrage an die Antragsteller bzgl. Gestalt und Platzierung der Gedenkstele gestellt, denn diese Details waren leider ebenfalls nicht Bestandteil des Beschlusses. Die Anfrage an die CDU/FDP-Fraktion ist bis heute unbeantwortet geblieben. Erst nach Rückmeldung durch die Politik ist eine weitere Bearbeitung der Verwaltung (Angebotseinholung, Abstimmung mit Stadt Ludwigsfelde, Landkreis und Deutsche Bahn) möglich.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: in Bearbeitung

Beschluss zur „Gelben Schleife“ - September 2021

Sämtliche Vorarbeiten sind erledigt. Das Schild mit der aufgedruckten Schleife, das am Gebäude der Alten Molke-
rei angebracht werden soll, wurde von der Verwaltung design und lag bereits zur Beschlussfassung vor. Sobald der
Haushalt beschlossen ist, kann das Schild beauftragt und nach Lieferung angebracht werden. Parallel fanden bereits
Abstimmungen mit dem Landeskommmando Brandenburg statt: Eine Zusage zur offiziellen Eröffnung liegt bereits vor.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: in Bearbeitung

Beschluss zum „Nachhaltigkeitskonzept“ - November 2021

Der Antrag zum Nachhaltigkeitskonzept wurde durch die SPD eingebracht. Ich unterstütze das Thema eines Nach-
haltigkeitskonzeptes vehement und kann erst nach Beendigung der Diskussionen aus den Ausschüssen den Antrag im
Hauptausschuss weiterführen. Bisher sind mir aus den Fachausschüssen keine Ergebnisse zugearbeitet worden.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: nicht umgesetzt

Beschluss zur „Prüfung von Hybrid-Sitzungen / Livestream“ - November 2021

Der Beschluss des Prüfauftrages wurde im Juli 2021 gefasst und umgesetzt. Danach wurde der Beschluss 1:1 noch ein-
mal gefasst, obwohl das Prüfergebnis bereits im Juli 2021 vorlag. Das abermalig vorgestellte Ergebnis blieb durch die
Politik erneut unbeachtet.

Ein Testbetrieb wurde mehrfach seitens der Verwaltung angeboten und durch die Gemeindevertreter abgelehnt. Ein
Streaming-Kanal wurde durch die Verwaltung eingerichtet und die Technik für den Testbetrieb wurde sogar durch
einen Gemeindevertreter zur Verfügung gestellt. Bis heute steht das Angebot der Verwaltung eine Live-Übertragung
der öffentlichen Sitzungen bereitzustellen, welches seitdem unbeachtet bleibt. Rückfragen der Gemeindevertretung
zu dem Vorhaben blieben ebenfalls aus. Die Politik hat das Interesse an dem Thema vollends verloren und blockt das
Angebot der Verwaltung nunmehr ab.

Der Beschluss ist in Umsetzung.

„Ja zu Großbeeren“ behauptet: nicht umgesetzt